

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 66

Sept./Okt. 2013



Abwasser an Stadtwerke

ÖPNV 2015 – einfach weiter mit dem Elend?

Truppenübungsplatz: Wölfe statt Leoparden

INHALT

Fachpartnerschaft mit Gelsenwasser vom Tisch Abwasserwirtschaft an Stadtwerke	3
ÖPNV – Ausschreibung zum Mai 2015 Bleibt alles beim Alten?	5
Interview mit Mira Ball von ver.di Übernahme ohne Verschlechterung	9
Meldungen „Was ist schlimm daran, dass ich schwarz bin“ Interview mit einem Escheder Flüchtling	13
Laternengespräche I've been looking for freedom	14
Freispruch für Tierrechtsaktivisten Transparent ist keine Störung	16
Erneuerbare Energie im Landkreis Celle 63 Prozent aus Regenerativen	17
Erinnerungskultur Eschede Gedenkstein für Peter Deutschmann	18
Polizei beobachtet / Gemeinde „nicht angetan“ Nazi-Konzert in Lachendorf	19
Interview mit Arne Hilbich Vom TÜP zum Großschutzgebiet	20
Vegan-Guerilla #01 Mett – Mett – Mett – Mett	23
Der andere 11. September 40 Jahre Putsch in Chile	24
Interview mit der Punkband ALARMSIGNAL Alles ist vergänglich - oder?	25
Festival zu »Migration im Film« Angst essen Seele auf	29
Termine in Kino, Kultur & Politik	30



HALLO

*Tired with all these, for restful death I cry,
As, to behold desert a beggar born,
And needy nothing trimm'd in jollity,
And purest faith unhappily forsworn,
And gilded honour shamefully misplaced,
...*

usw. usw. klagt der olle Shakespeare vor sich hin in seiner wunderbaren »Sonate 66«, deren Anfangszeilen wir einfach mal so unserer 66. Ausgabe voranstellen. Es könnte auch ein Kommentar sein zum Zustand der politischen »Kultur« in diesem unserem Lande.

Trotzdem gibt's in diesem Heft kaum ein Wort zur Wahl. Warum auch? Die einzige konstante Erfahrung der letzten Jahre: Nach Wahlen findet ein neuer Schub der Umverteilung von unten nach oben statt.

Und auch falls »die« Ursel & »der« Jürgen künftig das Land »regieren«, würde sich dieses niedersächsische Traumpaar vor allem um den Standort kümmern.

Aber: Eine starke linke Parlaments-Opposition kann nicht schaden, wenn sie denn das betreibt, was auch unser Geschäft ist: Kritik am Bestehenden.

Dass wir mal ein Thema der »großen Politik« auf dem Titel haben, hängt vor allem damit zusammen, dass wir lokal nichts Knackiges gefunden haben. Zu Prism, Tempora & Co. findet ihr ein paar Gedanken in den Laternengesprächen.

Und genießt den hoffentlich noch sonnenreichen, spätsommerlichen September ...

bis denne – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, Linke/BSG-»Laden«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Abwasserwirtschaft an Stadtwerke?

Direkt nach der Sommerpause überraschte Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende den vertraulich tagenden Verwaltungsausschuss mit neuen Überlegungen zur Abwasserwirtschaft: Eine Teilprivatisierung mit der Gelsenwasser AG als bevorzugtem privaten Partner ist vom Tisch. Jetzt strebt er „eine Verlagerung von Aufgaben des Abwasserbereichs“ an die Stadtwerke GmbH an. Dafür holte er sich ein »Prüfmandat«, dessen Ergebnisse er im Dezember vorlegen will. Bis auf die Fraktion Die Linke/BSG stimmten alle anderen dafür.

Das »Wassernetzwerk Celle« konstatierte einen Etappensieg gegen die Privatisierungspläne. Aber auch die neue Richtung ist problematisch. Die Ausgliederung an die Stadtwerke ist zwangsläufig mit einer Gebührenerhöhung verbunden, weil dann auf die Abwassergebühr die Mehrwertsteuer erhoben werden muss. (Selbst wenn sich dies nicht in Höhe der vollen 19 %, sondern nur mit 12 % in der Gebührenabrechnung spiegeln sollte, wären das für alle Verbraucher*innen zusammen Mehrkosten in Höhe von einer Mio. Euro.). Bei der derzeitigen Organisation als Regiebetrieb fällt diese Steuer nicht an.

Dazu kommt: Wenn die Stadtwerke künftig nicht nur die Trinkwasserkonzession, sondern noch die Abwasserwirtschaft unter ihrem Dach haben, werden sie um ein Erhebliches attraktiver für die Gelüste der großen Wasserkonzerne. Aber im einzelnen:

Die Verwaltungsspitze hat nach über einem Jahr – und offensichtlich intensiven Gesprächen mit Gelsenwasser – festgestellt, was die Gegner*innen der Teilprivatisierung von Beginn an behauptet haben: Es bringt weder für den städtischen Haushalt noch für die Bürger*innen einen Vorteil. So wird in einer entsprechenden Vorlage für den Rat festgehalten: *„Als Ergebnis einer Kooperation mit einem Dritten ergäbe sich also nach Prüfung nur eine im Verhältnis geringe Verbesserung der Haushaltssituation durch das beschriebene Fachpartnermodell.“*

Irgendwann im Laufe der Prüfung scheint der Verwaltungssitze aufgegangen zu sein, dass der kostendeckend arbeitende Abwasserbereich gerade keine Belastung des Haushalts darstellt – eher im Gegenteil. Was

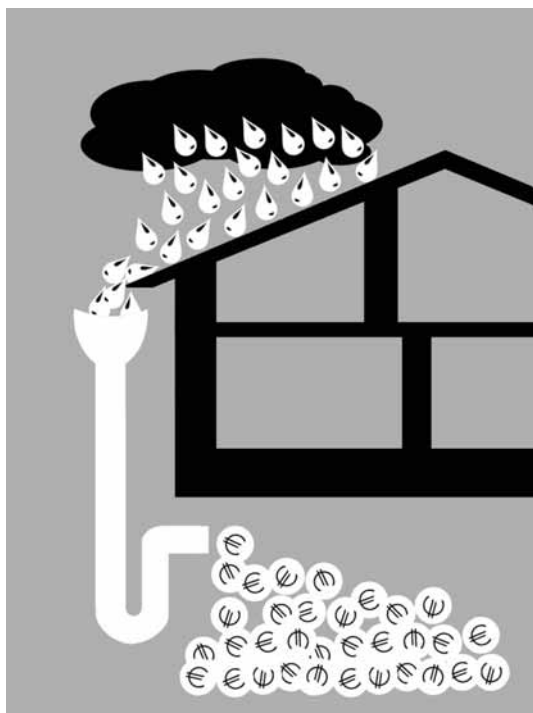
jetzt neu in den Fokus rückt ist der Bereich Niederschlagswasser. Hierfür werden nämlich bisher in Celle im Unterschied zu anderen Städten und Gemeinden keine Gebühren erhoben. Dabei geht es um die Entsorgung von Regenwasser, das von Dächern oder versiegelten Flächen in die Regenwasserkanalisation gelangt. Eine Gebühr, die hierfür erhoben werden kann, bezieht sich z.B. auf Dachflächen oder wasserundurchlässigen Flächen eines Grundstücks, von denen das Regenwasser nicht auf dem Grundstück versickert, sondern in die

Kanalisation geleitet wird. Nun ist es allerdings so, dass die Stadt selbst mit ihren öffentlichen Flächen (Straßen, Parkplätze etc.) für mindestens 75 Prozent des Niederschlagswassers verantwortlich ist. Trotzdem rechnet das Rathaus mit möglichen Einnahmen in Höhe von rund 425.000 Euro jährlich.

Wie hängt jetzt das eine (die Ausgliederung der Abwasserwirtschaft an die Stadtwerke GmbH) mit dem anderen (Erhebung einer Niederschlagsgebühr) zusammen? Erstaunlicherweise eigentlich gar nicht. Die Stadt kann auch diese Gebühr selbst einführen und wer sie zahlen muss, hätte den Vorteil, keine Gewerbesteuer darauf zahlen zu müssen.

Es gibt also keine plausible Begründung für die Prüfung einer Ausgliederung. Der einzige Effekt könnte sich »buchtechnisch« ergeben: Zins- und Schuldentilgung für Investitionen im Abwassersektor spielen sich nicht mehr im städtischen Haushalt, sondern in dem der Stadtwerke ab. Aber es sei hier noch einmal festgehalten: Dies wird Jahr für Jahr über die Abwassergebühren »eingespielt« und stellt nicht wirklich eine Belastung des Haushalts dar.

Damit nähern wir uns dem Spekulativem. Sowohl das »Wassernetzwerk« wie die Ratsfraktion Die Linke/BSG weisen darauf hin, dass mit der Ausgliederung der Abwasserwirtschaft die Vorbereitung eines ganz großen Deals verbunden sein kann. Auch für viele Formen der Teilprivatisierung hätte eine gemeinsame privatrechtliche Gesellschaft von Stadt und dem privaten Dritten gegründet werden müssen. Ist das Abwasser (und künftig das Niederschlagswasser) schon bei den als GmbH organisierten Stadtwerken, steht einer so genannten »Fachpartnerschaft« mit Gelsenwasser oder anderen



formal nichts mehr im Wege. Und selbstverständlich sind die Stadtwerke insgesamt dann ein noch attraktiveres »Objekt der Begierde« für die großen Wasserkonzerne.

Norbert Wabnitz dazu: *„Der zurückliegende Versuch einer Teilprivatisierung ist weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgelaufen. Deshalb kann man sich jetzt fragen, ob es sich bei der neuen Initiative nur um einen ersten Schritt handeln könnte. Eine Stadtwerke GmbH, die sowohl die Trinkwasser- als auch die Abwasserwirtschaft in ihrer Regie hat, könnte für auswärtige Investoren interessanter werden und dadurch ein Ziel für neue Privatisierungsversuche abgeben. Muss man jetzt befürchten, dass gerade darin der verborgene Sinn für eine Ausgliederung der Abwasserwirtschaft zu suchen ist?“*

Dieser Gedanke ist so abwegig nicht. Denn die Betriebsführung des Trinkwassersektors machen die Stadtwerke ja auch nicht selbst, sondern dies erledigt Celle-Uelzen Netz GmbH (vorher SVO).

Das Wassernetzwerk Celle hat deshalb angekündigt, auch gegen eine Ausgliederung in die Stadtwerke GmbH anzugehen: *„Es ist einfach für alle Betroffenen, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Beschäftigten, das Beste, die Abwasserwirtschaft weiter in Form eines Regiebetriebes der Stadt Celle zu führen.“*

Im Stadtrat gibt es für diese Position allerdings bisher

nur die Unterstützung von der Fraktion Die Linke/BSG. Alle anderen schirmen sich ab hinter dem Argument, dass die Stadtwerke doch eine 100-ige Tochter der Stadt sind und der Einfluss damit jederzeit gewährleistet sei. Das stimmt zwar im Prinzip, aber: Heute ist über den städtischen Haushalt nicht nur eine vollständige Gebührentransparenz gegeben, sondern eben auch der Rat und nicht der Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH treffen die Entscheidungen über die Investitionen und die Entwicklung der Abwasserwirtschaft. Das ist ein Unterschied.

Hoffnung macht allerdings der Erfolg der Kampagne des »Wassernetzwerks«. OB Mende und die SPD-Ratsfraktion kamen erheblich unter Druck. So beschloss der SPD-Unterbezirkstag im Mai in seiner »Wathlinger Erklärung«: *„Nicht zuletzt werden wir auch bei Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung dafür sorgen, dass weitere Privatisierungen verhindert werden.“* Es kostete einigen Aufwand, diese Erklärung durch die SPD-Mitgliederversammlung im Juni wieder kompatibel zu machen mit Mendes Plänen. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge müssten durch die Öffentlichkeit kontrolliert werden, hieß es in einer aufgeweichten Variante. Und die, so erklärte der Vorsitzende Christoph Engelen, erlaube auch das Zusammengehen mit einem starken Partner.

Die Stadtwerke GmbH

Das unbekanntes Wesen

Das ganze 20. Jahrhundert über waren die Stadtwerke GmbH das wichtigste Standbein für die Daseinsvorsorge der Stadt. Dann räumte Dr. h.c. Martin Biermann, unterstützt von einer großen Ratskoalition auf: Der Energiesektor wurde an die SVO verkauft und der querfinanzierte öffentliche Personennahverkehr seinem Elend überlassen. Heute ist es nur noch die Trinkwasserversorgung, die mit ihren Gewinnen nicht nur Badeland und Parkhäuser subventioniert, die ihre »Miesen« unter dem Dach der Stadtwerke erwirtschaften, sondern auch den städtischen Haushalt stützt. Vom Bilanzgewinn in Höhe von rund 2,3 Mio. flossen 1,3 Mio. Euro in den städtischen Haushalt. Dazu kommt die Konzessionsabgabe in Höhe von rund 725.000 Euro an die Stadt.

Trotzdem kennt kaum jemand in Celle den aktuellen Sitz der Stadtwerke. Na? Es ist die Gründerzeitvilla in der Magnusstraße 2. Und der Geschäftsführer? Es ist seit kurzem Thomas Edathy, ein Bruder des SPD-Bundestagsabgeordneten, der gerade den NSU-Untersuchungsausschuss leitet.

Die Unternehmensstruktur ist für Laien schwer durchschaubar. Das Kerngeschäft ist die Trinkwasserversorgung. Dafür haben die Stadtwerke eine Konzession bis 2031. Aber: Die Betriebsführung dieses Sektors

macht komplett die SVO; sie ist gewissermaßen der »Fachpartner«. Dann gibt es zwei defizitäre Bereiche: Zum einen das »Badeland«; da lassen sich die Verluste aus den uns öffentlich zugänglichen Bilanzen im Bundesanzeiger nicht erschließen. Zum anderen sind da die »Parkhäuser« in Form 100 %-igen Tochtergesellschaft »Celler Parkbetriebe GmbH«, die erstaunlicherweise kein Gewinnbringer sind, sondern jährlich zwischen 700.000 und 800.000 Euro Verluste verzeichnen. Auf der Haben-Seite steht seit kurzem die »Rathsmühle« als Energieproduzent und – unterm Strich – Gewinnbringer. Der »Goldesel« des Unternehmens ist dann aber das EON-Avacon-Aktienpaket, das jährlich eine Dividende von rund 2,5 Mio. Euro bringt.

Das Unternehmen hat nur rund 40 Beschäftigte, was vor allem damit zusammenhängt, dass der Trinkwasserbereich eben von einem »Fachpartner« erledigt wird. Zum Aufsichtsrat gehören aktuell: Joachim Schulze (SPD) als Aufsichtsratsvorsitzender, Axel Fuchs (CDU) als Stellvertreter, Dirk-Ulrich Mende (SPD) als Oberbürgermeister und die Ratsmitglieder Sabine Pfeiffer (CDU), Jens Rejmann (SPD), Udo Hörstmann (Unabhängige) und Juliane Schrader (Bündnis 90/Die Grünen). Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden in 2012 Aufwandsentschädigungen in Höhe von insgesamt 7.500 Euro gezahlt. Und wer von unseren Leser*innen jetzt noch Fragen hat, kann sich ja mal an die Aufsichtsratsmitglieder wenden, z.B. über abgeordnetenwatch.de

Bleibt alles nur beim Alten?

Die Zukunft des ÖPNV in Celle war immerhin mal ganz kurz verbunden mit einer Vision: Auf Antrag der SPD sollte zur Information des Rates jemand aus der belgischen Stadt Hasselt eingeladen werden. Dort hatte man im Jahr 1997 den massiven Ausbau des ÖPNV beschlossen und gleichzeitig die Fahrscheine abgeschafft – mit dem Ergebnis einer tatsächlichen Mobilitätswende (siehe Kasten). Irgendwie wurde nichts aus der Einladung. Im Februar hörten sich die Mitglieder des Ausschusses für Straßenbau und Verkehr nur noch an, wie anderswo das Elend verwaltet wird: Neubrandenburg und Nienburg waren die Modelle. Es hätte auch der Ort Nowhere sein können, denn: Erkenntnisse, die in der weiteren Diskussion eine Rolle gespielt hätten, gab es nicht.

Im Juli beschloss der für den ÖPNV zuständige Landkreis Celle die europaweite Ausschreibung des Nahverkehrs zum 1.4.2015. Einen richtigen Neuanfang allerdings verspricht sich kaum jemand. Hauptziel: Es soll nicht noch schlechter werden – was bei der aktuellen Performance der CeBus GmbH & Co. KG aber auch kaum zu erwarten ist. Die Durchführung des Verfahrens wurde an das Planungsbüro PROVIZ Verkehrs- und regionalplaner Partnergesellschaft, Berlin, vergeben. Dieses Büro hat auch schon den Nahverkehrsplan (NVP) des Landkreises erstellt, auf dessen Grundlage nun die Ausschreibung erfolgt – und zwar für das so genannte »Gesamtlinienbündel Bus Stadt Celle / Regio«.

Und was soll die Zukunft bringen? Die so genannten Bedienqualitäten nach dem gültigen NVP sollen erhalten bleiben. Dieser Vorgabe stimmte der Kreisausschuss unter Finanzierungsvorbehalt zu. Denn ohne Zuschuss wird es künftig nicht gehen. Eine Schätzung des Gutachters prognostiziert ab 2015 eine Aufwandsunterdeckung von 1,7 Mio. Euro im Jahr, die dann zu finanzieren wären.

Nahverkehrsplan oder Notverkehrsplan?

In Niedersachsen sind die Landkreise und kreisfreien Städte Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr (üÖPNV) sowie für die Schülerbeförderung. Zuständig bei uns ist also der Landkreis Celle; der Einfluss der Stadt ist gering – sie wird nur angehört. Die Nahverkehrsträger haben jeweils für fünf Jahre einen Nahverkehrsplan aufzustellen, der u.a. folgende Inhalte umfassen muss: Bedienungsangebot, Zielvorstellungen bei der weiteren Gestaltung, geplante Maßnahmen unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Aufgabenträgers zur Verwirklichung der Zielvorstellungen. (Aus diesem sind die wesentlichen Fakten im folgenden zusammengetragen.)

Das straßengebundene ÖPNV-Angebot wird im

Beispiel Hasselt und Tallin

Seit April dieses Jahres fahren die Busse in der belgischen Stadt Hasselt (75.000 Einwohner*innen) nicht mehr kostenlos. Künftig müssen Fahrgäste, die älter als 19 Jahre sind, wieder zahlen: allerdings nur 60 Cent pro Fahrt. Hasselt hatte seinen ÖPNV 1997 für Fahrgäste kostenlos gemacht. Dadurch stieg die Zahl der Nutzer*innen von täglich im Schnitt 1.000 (1996) auf 12.600 (2006). Hasselt stieg in dieser Zeitspanne zur viertwichtigsten Einkaufsstadt Belgiens auf. Beschäftigtenzahl und Umsatz in der Innenstadt verdreifachten sich.

Seit Anfang 2013 richten sich jetzt die Blicke auf die estländische Hauptstadt Tallin. Mit dem dort eingeführten Gratis-System ging der Autoverkehr in der Stadt um über 15 Prozent zurück.

Landkreis seit dem Jahr 2003 durch die CeBus GmbH & Co. KG betrieben. Zu dieser Gesellschaft schlossen sich damals zusammen: Kraftverkehr Celle Stadt und Land GmbH (Gesellschafter: Osthannoversche Eisenbahnen AG / Arriva-Bachstein GmbH und Landkreis Celle), Lembke, Koschick & Co. OHG und die Celler Straßenbahn GmbH. Es handelt sich also um ein mehrheitlich privatwirtschaftliches Unternehmen. Der Landkreis hält über eine Beteiligung an der Kraftverkehr Celle Stadt und Land GmbH lediglich einen Minderheitsanteil von 13,455 % an der CeBus. Im NVP heißt es ziemlich unverblümt deshalb: „Es ist nachvollziehbar, dass das Unternehmen zuallererst privatwirtschaftliche Interessen verfolgt und Interessen des Aufgabenträgers



im Zweifelsfalle nicht gegen die Unternehmensinteressen durchsetzen wird.“

Die CeBus betreibt den ÖPNV aktuell mit so genannten „eigenwirtschaftlichen Liniengenehmigungen“. D.h.: Der Betrieb soll eigentlich über den Fahrkartenverkauf finanziert werden. Formal ist dies bundesweit die Regel, obwohl die „Eigenwirtschaftlichkeit“ häufig auch durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln hergestellt wird. Die CeBus erhielt allerdings tatsächlich nur in geringem Umfang ausgewiesene öffentliche Mittel zur Finanzierung.

Ausnahme Nr. 1: Die Stadt Celle hatte sich mit der Gründung von CeBus verpflichtet, für zehn Jahre Finanzhilfen zur Aufrechterhaltung der Nominallohne von 2002 für den Bereich CSC zu leisten. Diese Finanzhilfen, die sich auf 600.000 Euro pro Jahr beliefen, sind zum 31. Dezember 2011 ausgelaufen.

Ausnahme Nr. 2: Ein vollumfänglich eigenwirtschaftlicher, also ohne den Einsatz öffentlicher Mittel auskommender Betrieb des ÖPNV kann im Landkreis Celle seit August 2010 nicht mehr aufrechterhalten werden. CeBus drohte mit der Verknappung des Angebots aus „betriebswirtschaftlichen Gründen“; seitdem wird ein Teil der von CeBus erbrachten Verkehrsleistungen im Rahmen einer europarechtlichen Notmaßnahme vom Landkreis finanziell gestützt. D.h.: Er „bestellte“ einen Teil der Verkehrsleistungen, an denen CeBus kein Interesse mehr hat. Zuletzt beschloss der Kreisausschuss im April diesen Jahres mit CeBus einen Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) abzuschließen, um Verschlechterungen auf folgenden Linien zu verhindern: Bereich Boye (Linie 2-95), Bereich Marienwerderallee (Linie 3-15), Bereich Bostel – Altenhagen – Lachtehausen, Bereich Vorwerk – Garßen (Linie 1). Rund 200.000 Euro im Jahr wird den Landkreis der Erhalt des Standards auf diesen Linien kosten.

Angebot ...

Im Jahr 2008 wurde das aktuell bestehende Liniennetz eingeführt, das insgesamt 16 Linien umfasst. Acht Linien sind auf den Stadtverkehr Celle beschränkt sind, sechs bedienen nur den Landkreis und neun Linien erfüllen sowohl Aufgaben im Stadt- wie auch im Regionalverkehr. In Summe wird somit der Stadtverkehr Celle mit 10 Linien durchgeführt, der Regionalverkehr mit 17 Linien.

Darüber hinaus verkehren ein Anrufsammeltaxi (AST) im Stadtgebiet, ein Anrufsammeltaxi (AST) zwischen verschiedenen Ortsteilen der Gemeinden Wietze und Hambühren sowie der Kreisstadt, ein Bürgerbus (BB) in der Gemeinde Winsen (Aller) und ein Bürgerbus (BB) in der Samtgemeinde Flotwedel.

Das jährliche Leistungsangebot des ÖPNV-Linienverkehr im Landkreis Celle beträgt insgesamt 4,5 Mio. Fahrplan-km im Buslinienverkehr (nach dem Fahrplanstand Oktober 2009). Davon entfallen fast 3,30 Mio. km auf integrierten öffentlicher Linienver-

kehr, ca. 1,10 Mio. km auf Freigestellten Schülerverkehr (FSV), der wie Linienverkehr abgewickelt wird und für den eine Nutzungsberechtigung für sonstige Fahrgäste besteht, sowie knapp 0,11 Mio. km auf reine Schülerfahrten. Für diese Linienverkehre sind regelmäßig ca. 100 Busse im Einsatz.

Im NVP werden diese Zahlen vergleichend eingeordnet: „In einer Gesamtbewertung kann festgestellt werden, dass bezogen auf die Fläche das ÖPNV-Angebot auf der Straße im Landkreis Celle im Durchschnitt vergleichbarer Landkreise liegt, bezogen auf die Anzahl der Einwohner (und potenziellen Fahrgäste) jedoch um mehr als 25 % darunter, auch unter Einbeziehung freigestellter Verkehre.“

Noch negativer fällt der Vergleich aus, bezieht man das ÖPNV-Angebot auf der Schiene mit ein. Während im Landkreises Celle 0,78 Mio. Zug-km angeboten werden, was 4,3 Zug-km pro Einw. und Jahr bzw. 505 Zug-km pro km² Fläche und Jahr entspricht, fällt dies erheblich hinter den Durchschnitt vergleichbarer Kreise zurück: Dort sind es 8,8 Zug-km pro Einw. und Jahr bzw. 790 Zug-km pro km² Fläche und Jahr.

Mittlerweile typisch für den ländlichen Raum ist, dass die Angebotshäufigkeit im Buslinienverkehr sich erheblich unterscheidet nach den Tagesarten Schultag, Ferientag, Samstag, Sonn- und Feiertag. Bezogen auf einen Tagesdurchschnittswert ergibt sich folgende Struktur (Stand 2009 einschl. Stadtverkehr Celle): Schultag = 100 % = 13.121 Fpl-km, Ferientag = 78 % = 10.227 Fpl-km, Samstag = 50 % = 6.607 Fpl-km sowie Sonn- und Feiertag = 17 % = 2.273 Fpl-km.

... und Nachfrage

Dem Landkreis Celle liegen keine verwertbaren diesbezüglichen Angaben aus Verkehrserhebungen oder statistischen Auswertungen von Fahrausweisverkäufen vor. Das liegt daran, dass der ÖPNV-Betreiber CeBus keine Angaben hierzu zur Verfügung stellt. Daher wird im NVP anhand von Vergleichswerten nur geschätzt, dass im Landkreis Celle ein ÖPNV-Aufkommen auf der Straße in der Größenordnung von 6,5 bis 7,0 Mio. Beförderungsfällen pro Jahr liegt. Im NVP wird von einem Anteil des Schülerverkehrs an der Gesamtnachfrage von 35 % ausgegangen, was im Vergleich sehr niedrig wäre.

Mängelliste

Im NVP gibt es eine stichwortartige Mängelliste. Hier einige Punkte:

„Die Erschließungsqualität ist nur an Schultagen gut, an allen anderen Tagen zeigen sich schwere Defizite mit Tendenzen eines Rückzuges des Linienverkehrs aus der Fläche.“

„Der eingesetzte Fahrzeugpark ist in weiten Teilen überaltert. Allgemein anerkannte Zielstellung von Busverkehrsunternehmen ist es, das Durchschnittsalter ihres Fuhrparks nicht über 10 Jahre ansteigen zu lassen und

die maximale Laufleistung eines jeden Busses bei etwa 750.000 km zu begrenzen. Auch wenn es bisher keinen Anlass dafür gibt, von Sicherheitsgefährdungen zu sprechen, so treten neben überhöhtem Instandhaltungsaufwand doch auch überhöhte Umweltbelastungen auf. Für den Bereich des Naturparks Südheide und im Innenstadtbereich von Celle ist dies durchaus problematisch.“

„Dem Aufgabenträger werden bisher vom Betreiber des ÖPNV im Kreisgebiet nicht die Informationen bereitgestellt, die dieser für eine tatsächliche sachgerechte Wahrnehmung seiner Aufgaben benötigt. [...] Dazu gehören insbesondere statistische Daten zum Leistungsangebot und zur Fahrgastnachfrage mit den jeweiligen Strukturen, zum Fahrzeugpark (Fahrzeugliste mit Alter, Laufleistung, Umweltstandards und Ausstattungsmerkmalen) sowie zur Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der ÖPNV-Durchführung.“

„Es besteht ein Mangel an gedruckter Fahrgastinformation und vollständigen Fahrplanaushängen an den Haltestellen sowie an einem zentral gelegenen Kundencenter.“

„Auch in der Stadt Celle gibt es mit dem Anruf-Sammel-Taxi bereits Ansätze, insgesamt aber ebenfalls noch Reserven in der Anwendung innovativer, unkonventioneller Bedienungsformen im ÖPNV.“

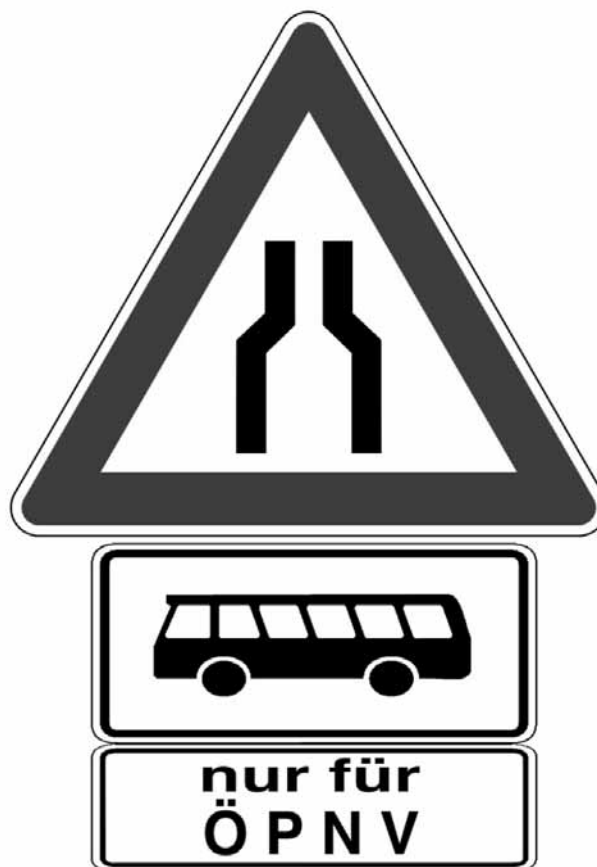
Fahrgast-Prognosen

Im NVP werden auch Überlegungen angestellt, wie sich die Situation in den kommenden Jahren verändern wird. Dabei werden als nachfragenderhöhend u.a. folgende Faktoren gesehen:

Die Alterstruktur der Bevölkerung wird kurzzeitig die Nachfrage deutlich steigern, weil Anzahl und Anteil der Senior*innen mit gegenwärtig noch geringerem Führerscheinbesitz zunimmt. Auch wird mit einem Anstieg des Pendleraufkommens gerechnet. Einiges hängt allerdings auch davon ab, ob der ÖPNV attraktiver wird. Insgesamt könnte auch das zunehmende Umweltbewusstsein das Mobilitätsverhalten verändern.

In negativer Hinsicht werden angeführt zum einen der Rückgang der Einwohnerzahlen, auch hinsichtlich der Schüler*innenzahlen. Auch dürfte eine wachsende Attraktivität des Fahrrads nicht nur den PKW-Verkehr beeinflussen, sondern vor allem auch den ÖPNV.

In der Zusammenschau geht der NVP davon aus, dass hinsichtlich ihrer Intensität die negativ wirkenden Faktoren überwiegen werden: „Per Saldo ergibt sich ein Rückgang der Fahrgastnachfrage im übrigen ÖPNV 2010 bis 2015 um -5 bis -7 %.“ Dabei wird davon ausgegangen, dass die Gesamtmobilität der Einwohner*innen, d.h. die insgesamt durchgeführten Fahrten je Einwohner*in weiter zunimmt. Getragen wird diese Tendenz im Planungszeitraum leider ausschließlich durch den Individualverkehr, und zwar sowohl durch den Motorisierten Individualverkehr (MIV) als auch durch einen ständig weiter zunehmenden Radverkehr.



Angebotsreize?

In einem „Angebots- und Maßnahmeplan“ werden im NVP Vorgaben für „verkehrspolitische Zielstellungen der ÖPNV-Gestaltung“ wie auch den finanziellen Handlungsrahmen gemacht. So heißt es sehr allgemein, dass der ÖPNV „als attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu gestalten“ sei und dadurch wie auch durch Reduzierung der durch ihn selbst verursachten Schadstoffemissionen einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz (Luftreinhaltung, Lärminderung) leisten solle. Künftig solle die Angebotsgestaltung neben dem Schüler*innenverkehr auch wieder für andere Nutzer*innengruppen attraktiver werden. „Die Angebotsgestaltung soll so durchgeführt werden, dass die Nachfrage erfüllt wird und gleichzeitig neue Angebotsanreize für eine stärkere ÖPNV-Nutzung entstehen. Insbesondere in den Taktverkehren im Stadtverkehr und auf Hauptverkehrsachsen sind angebotsorientierte ÖPNV-Leistungen erforderlich.“

Der Landkreis soll hierfür Maßnahmen zur Verbesserung des Kundenservice und des Marketing, insbesondere die Einrichtung eines Kundencenters, die Weiterentwicklung der Fahrgastinformation und die Vermarktung neuer Angebotelemente unterstützen.

Ausschreibung

Noch ist offen, ob auch das Thema „Angebotsanreize“ in der Ausschreibung Raum finden wird. Auszugehen ist davon nicht. Die Beschlusslage des Kreisausschusses sieht folgendes vor: Der Landkreis gibt nur die Funktionalität des Gesamtsystems vor und keine konkreten Fahrpläne (sog. "funktionale Ausschreibung").

Motorisierungsgrad

„Am letzten verfügbaren Stichtag 01.01.2010 waren im Landkreis Celle 94.630 Pkw zugelassen, darunter in der Stadt Celle 34.507 Pkw. [...] Den höchsten Motorisierungsgrad weisen die Gemeinden südlich der Kreisstadt auf (Adelheidsdorf, Nienhagen und Wienhausen), zurückzuführen auf die Effekte der Suburbanisierung. [...] Der Großteil der ländlich geprägten Gemeinden weist einen Motorisierungsgrad von über 550 Pkw/1.000 Einwohner auf. Dieser Wert wird in der Kreisstadt Celle deutlich unterschritten und liegt dort noch bei unter 500 Pkw/1.000 Einwohner, vergleichbar mit dem Wert anderer Städte ähnlicher Größe. In Städten mit einer entsprechenden Größenordnung wirkt sich immer die nähräumliche Erreichbarkeit verkehrlicher Ziele ohne das Erfordernis eines Verkehrsmittels und ein gutes ÖPNV-Angebot (Stadtverkehr und Bahnanbindung) reduzierend auf den Pkw-Besitz aus, zusätzlich zum Pkw-Besitz auch noch auf die Fahrleistungen. Die niedrigsten Werte werden in den Gemeinden im Nordosten erreicht (Eschede, Unterlüß und Faßberg). Ursächlich dafür könnte neben der Altersstruktur der Bevölkerung (hoher Anteil von Senioren mit unterdurchschnittlichem Führerscheinbesitz) zumindest teilweise die gute SPNV-Anbindung (Bahnhöfe in Eschede und Unterlüß) an Celle, Hannover und Uelzen sein.“ (NVP, S. 49-51)

Allerdings sollen die Anforderungen des NVP in der Leistungsbeschreibung präzisiert werden. Die Vertragslaufzeit beträgt zehn Jahre, weil auch die neu zu vergewendenden Linienverkehrskonzessionen für die Dauer von zehn Jahren erteilt werden.

Der künftige ÖPNV-Betreiber soll vertraglich verpflichtet werden, dem Landkreis die jederzeitige Einsichtnahme in betriebswirtschaftliche und technologische Unterlagen zum Nachweis der erbrachten Fahrleistungen und deren Inanspruchnahme sowie der Wirtschaftlichkeit zu gewähren.

In finanzieller Hinsicht soll ein „Nettovertrag mit Anreizkomponenten“ die Grundlage bilden. D.h.: Der künftige ÖPNV-Betreiber hat die Betriebskosten für das vereinbarte Leistungsangebot grundsätzlich selbst zu tragen und als wesentliche Finanzierungsquellen die Einnahmen aus dem Fahrausweisverkauf, die gesetzlichen Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungsgesetz für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs sowie die Fahrgelderstattung für die Beförderung von Schwerbehinderten zu nutzen. Vom Landkreis erhält das Unternehmen einen finanziellen Ausgleich für die übertragenen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen bzw. zur Aufrechterhaltung des Verkehrsangebots, dessen Aufwand nicht anders gedeckt ist bzw. nicht gedeckt werden kann.

ÖPNV 2015 plus?

Einige Leser*innen werden das Ende dieses Artikels wahrscheinlich nicht erreicht haben – wen interessieren schon die so genannten Sachzwänge bei der Fortschrei-

bung eines Elends? Politisch ging es immer nur darum, den vorhandenen Standard zu erhalten – alles andere steht unter »Finanzierungsvorbehalt«, und das heißt: Da kommt nicht mehr.

Am deutlichsten wird dies bei der Betrachtung eines Antrags der SPD-Kreistagsfraktion aus dem Oktober 2012 mit der schönen Überschrift: »ÖPNV 2015plus: Daseinsvorsorge sichern, Attraktivität steigern«. Die Forderungen beschränken sich auf das Selbstverständlichste: Die Daseinsvorsorge soll gesichert werden, „indem mindestens die Bedienungsqualitäten nach dem gültigen Nahverkehrsplan des Landkreises Celle erhalten werden,“ und die Attraktivität des ÖPNV soll erhöht werden, „indem der Landkreis Celle im schienen- (über Bahnhöfe Celle, Eschede und Unterlüß) und straßengebundenen ÖPNV in den GVH (Großraumverkehr Hannover) eingebunden wird“. Dafür gibt es dann einstimmige Zustimmung im Kreisausschuss, selbstverständlich mit dem »Finanzierungsvorbehalt«.

Vor gut zehn Jahren hatten die Bündnisgrünen immerhin einmal beantragt, dass der Landkreis sich mit fahrscheinfreien ÖPNV-Modellen beschäftigen solle. Seinerzeit wurde es selbstverständlich abgeschmettert. Und jetzt war davon seitens der Bündnisgrünen nichts mehr zu hören. Aber auch DIE LINKE und die Piraten, die programmatisch auch für kostenlosen ÖPNV stehen, brachten in die aktuelle Diskussion hierzu nichts ein. Der »Fahrgastbeirat« immerhin forderte eine Weiterentwicklung des ÖPNV, die nicht unter »Finanzierungsvorbehalte« gestellt wird.

Fazit: Die Chance auf eine breite gesellschaftliche Diskussion ist vertan. Die Kreisverwaltung versteht es nahezu perfekt, jede politische Zukunftsdiskussion mit dem Mehltau ihrer behäbigen Beharrung schon im Vorfeld zu ersticken. Und die Stadtgesellschaft und der Rat? Sie unterwerfen sich widerspruchslos der »Gestaltungs«-Hoheit der Kreispolitik. Für weitere zehn Jahre dürfte die für eine Mobilitätswende unabdingbare Neugestaltung des ÖPNV somit verhindert sein. Zum Wohle der Autoindustrie, zum Schaden von Mensch und Umwelt.



Quelle: Nahverkehrsplan für den Landkreis Celle. *Fortschreibung für den Zeitraum 2011 bis 2015*. Verabschiedet durch Beschluss des Kreistages des Landkreises Celle am 20. Dezember 2010; http://www.landkreis-celle.de/fileadmin/import/amt_fuer_bildung_sport_und_zentrale_dienste/pdf/NVP_Landkreis_Celle_2011-2015.pdf

„Übernahme ohne Verschlechterung“

Bei der Ausschreibung des ÖPNV für das Jahr 2015 stellt sich selbstverständlich auch die Frage, was mit den CeBus-Beschäftigten passiert, sollte es zu einem Betreiberwechsel kommen. Bekanntlich liegen die Löhne bei CeBus für etliche der Beschäftigten nur wenig über 10 Euro, so dass eine finanzielle Verschlechterung kaum vorstellbar ist. Viel wichtiger dürfte eine Übernahmegarantie durch einen neuen Betreiber sein. Wir sprachen mit Mira Ball, ver.di-Gewerkschaftssekretärin im FB Verkehr des Bezirks Hannover/Leine-Weser.

?: *Der Kreisausschuss hat einstimmig beschlossen, dass im Rahmen der anstehenden Ausschreibung „Tarifbindung und soziale Mindeststandards entsprechend der Möglichkeiten der EU-Verordnung 1370/2007 sichergestellt werden.“ Was bedeutet das für die Beschäftigten von CeBus?*

!!: Die Vergabe von Aufträgen an ein neues Unternehmen bedeutet für die Beschäftigten eigentlich den Verlust des Arbeitsplatzes, sie müssen sich bei dem neuen Auftragnehmer bewerben und sind der Gefahr ausgesetzt, dass sich ihre Arbeitsbedingungen deutlich verschlechtern. Der Wettbewerb wird üblicherweise über die Kosten ausgetragen, gespart wird hier vor allem beim Personal. Durch intensive gewerkschaftliche Lobbyarbeit ist es über unseren Europäischen Dachverband ETF (European Transport Workers' Federation) gelungen, für den Nahverkehr in der EU-Verordnung 1370/2007 eine Ausnahme durchzusetzen. Der Landkreis Celle hat dadurch die Möglichkeit, sowohl tarifliche und weitere Sozialstandards als auch die Übernahme der bisher im Nahverkehr tätigen Beschäftigten ohne Verschlechterung ihrer Arbeits- und Entlohnungsbedingungen vorzugeben. In der Ausschreibung der Verkehrsleistungen vorgegebene Sozialstandards sind für alle sich bewerbenden Unternehmen bindend. Für die Beschäftigten der CeBus würden sich die Risiken der Vertragsneuevergabe also deutlich verringern. Sie würden ihren Arbeitsplatz behalten und mindestens die ihnen bisher zugesicherten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen.

?: *Im Wirtschaftsausschuss ist außerdem vorgeschlagen worden, dass der künftige Auftragnehmer sich verpflichten soll, den branchenüblichen und im Land Niedersachsen gebräuchlichen Sparten- bzw. Entgelttarifvertrag im Bereich ÖPNV anzuwenden. Würde das für die Beschäftigten eigentlich eine Verbesserung bringen im Vergleich zu dem, was heute CeBus zahlt? Wie sehen die Löhne da aus?*

!!: Die Landesregierung arbeitet derzeit an einem Vergabe- und Tarifneugesetz für 2014. Hier soll für Auftragsvergaben im ÖPNV ein repräsentativer Tarifvertrag vorgegeben werden. Nach Ansicht von ver.di kann dies nur der Spartenvertrag TV-N (Tarifvertrag für den Nahverkehr) Niedersachsen sein. Dies würde für die Beschäftigten der CeBus eine deutliche Verbesserung

bedeuten, allein im Bereich der Fahrer*innen liegen die Löhne schon in der ersten Lohngruppe knapp 2 Euro pro Stunde höher, der Abstand wächst mit steigender Beschäftigungsdauer. Der Arbeitgeberverband Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen (GVN) vertritt im Gegensatz zu ver.di die Auffassung, dass der 1999 gekündigte Tarifvertrag für das private Verkehrsgewerbe (TV GVN) als repräsentativer Tarifvertrag vorzugeben sei. Die dort festgeschriebenen Löhne betragen für das Fahrpersonal 8,57 Euro bzw. 8,97 Euro, der Verband empfiehlt seinen Mitgliedsunternehmen, ab 1. August 2013 einen Stundenlohn von 10 Euro zu zahlen. Im Haustarifvertrag der CeBus liegen die Löhne höher.

?: *Eine große formale Hürde bei der Übergabe besteht darin, dass der alte Betreiber detaillierte Daten zu den Beschäftigungsverhältnissen freigeben müsste. Warum ist das so? Und was ist, wenn CeBus dies nicht tut?*

!!: Jeder Bewerber für den Verkehrsauftrag muss die geforderten Bedingungen kennen, um eine realistische Angebotskalkulation machen zu können. Dazu gehören natürlich auch die anfallenden Personalkosten. Wenn die CeBus die entsprechenden Angaben verweigert, könnte geltendes europäisches Recht nicht umgesetzt werden. Daraus ergäbe sich eine interessante rechtliche Situation, der Landkreis müsste die CeBus wohl zur Herausgabe der Daten zwingen. Gegenüber den Beschäftigten wäre eine Zurückhaltung der Daten absolut unfair, sie wären den oben beschriebenen Risiken des Arbeitsplatzverlustes und der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Dies wird die Belegschaft wohl kaum hinnehmen, ver.di ganz sicher nicht.

?: *Die Qualität des ÖPNV wird vor allem hinsichtlich der Linien, der Taktfrequenz, der Preise und ähnlichem beurteilt. Die Fahrer*innen kommen da seltener in den Blick. Als Gewerkschaft seht ihr da aber schon einen Zusammenhang. Kannst du das kurz erläutern?*

!!: Alle, die Bus fahren, wissen, wie sehr die Qualität von der Kompetenz des Menschen hinter dem Steuer abhängt. Die Fahrerinnen und Fahrer tragen täglich die Verantwortung für etliche Menschenleben, ein Fehler kann fatale Folgen haben. Und die Kolleginnen und Kollegen tun ja noch mehr: Sie sind Tarif- und Fahrplanauskunft, Touristeninformation, sozialpädagogisch tätig im Schülerverkehr und manchmal auch zumindest Hilfspolizisten, Hilfssanitäter und Hilfspsychologen. Dies ist der Service, den die Fahrgäste als gute Qualität im Nahverkehr schätzen. Kompetent kann jedoch nur sein, wer auch anständige Arbeitsbedingungen und Erholungszeiten hat und mit seiner Entlohnung auskommen kann. Nur so können alle Anforderungen entspannt und engagiert zum Wohle der Fahrgäste erfüllt werden.



Bündnisgrüne jetzt dafür

Die Grünen sind jetzt für die Ostumgehung - und kaum jemand hat's gemerkt. Gefühlte 50 Jahre waren sie dagegen, und gefühlte 30 Jahre streiten sie für eine Westumgehung. So kam es jetzt einigermaßen überraschend, als Bernd Zobel in der Ratssitzung im Juni verkündete, dass seine Fraktion die Ortsumgehung grundsätzlich befürwortet. Das ausstehende Gerichtsurteil müsse jedoch abgewartet werden und daran werde man sich halten und es kritisch begleiten. Das Thema Westumgehung sei vom Tisch.

Ein bisschen verrückt ist das schon. Denn: Nie standen die Chancen besser, dass die Ostumgehung im dritten Bauabschnitt an der Querung der Aller scheitert. Das beim Verwaltungsgericht anhängige Verfahren kann im Ergebnis ein Aus für die Ostumgehung bringen, wenn das Schutzrecht des FFH-Gebietes Vorrang bekommt. Und das ist eher wahrscheinlich, als gänzlich unwahrscheinlich.

Aber erinnern wir uns: Im Frühjahr gab es einen kurzen medialen Schlagabtausch. Die verkehrspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion, Susanne Menge, hatte sich gegen den Weiterbau der Ost-Route ausgesprochen und gegenüber der CZ gesagt: „Mit den Grünen im Niedersächsischen Landtag ist der Bau des Mittelabschnitts der Celler B-3-Ostumgehung nicht zu machen.“ Damit war eine Kuh auf dem Eis der rot-grünen Regierungsherrlichkeit. Im Mai dann - und dies wurde von keiner Zeitung berichtet und war nicht einmal bei CelleHeute nachzulesen - trafen sich Kreisvorstand, die Kreistagsfraktion, der Stadtverbandsvorstand und die Stadtratsfraktion Celle und verständigten sich auf die neue Position zur Ostumgehung, die im Kern in diesen Aussagen besteht: „Celle braucht eine Ortsumgehung. [...]

Die Grünen haben sich eine andere Umgehungsstraße gewünscht, die sich aber nicht durchgesetzt hat. [...] Die Grünen begleiten vorhandene und neue Bauabschnitte weiterhin kritisch.“

Im Wahlprogramm (»Wir machen das klar.«) für die Kommunalwahl 2011 - und das ist noch nicht einmal zwei Jahre her - war übrigens noch zu lesen: "[...] keine Ostumgehung Celle mit Querung der Aller und Lachte."

Eschede Schluss mit lustig!

Am 22.06.2013 fand in Eschede eine Demonstration gegen Nazitreffen in Eschede unter dem Motto „Schluss mit lustig!“ statt. Seit Nahtz Anfang des Jahres einen großen Teil seines Geländes verkauft hat, auch die »Festwiese«, war unklar, wie es dort mit Nazitreffen weitergehen würde. Das Bündnis "Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus", das die von DGB/Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus angemeldete Demonstration plante, hielt an dem traditionellen Termin der »Sonnenwende« fest: „Wir hatten immer erst kurzfristig sichere Erkenntnisse, ob und wann so ein »Brauchtumsfest« stattfindet. Daher war es uns wichtig, an dem Termin festzuhalten - wir wollten auf gar keinen Fall, dass eine Nazifeier hier in Eschede ohne Protest stattfindet“, hieß es bei der Begrüßung.

An der Demonstration samt Kundgebung und abschließenden Staffeltottesdienst nahmen ca. 300 Personen teil. Das schöne Wetter sowie Ausstellungen, Musik, Kaffee und Kuchen sorgten für gute Stimmung. Besonderer Höhepunkt war, dass Vertreter_innen anderer Bündnisse gegen Rechts die Demo unterstützten. „Im Einsatz gegen Neonazis und Rassisten ist es wichtig, sich gegenseitig zu unterstützen, solidarisch zu sein. Gemeinsam sind wir stark!“, hieß es bei der Begrüßung. Und diese Unterstützung kam aus Bad Nenndorf, Glinde, Jamel, Lübtheen, Stade, Gifhorn, Heidekreis. Weiterhin kam das Netzwerk Südheide zu Wort sowie als Ergänzung zum christlichen Staffeltottesdienst ein Vertreter der Ezidischen Kurden aus Celle. In allen Beiträgen wurde auf die jeweiligen lokalen Probleme hingewiesen, aber auch auf die Verbindungen der Nazis untereinander und die Bedeutung, die Hof Nahtz und andere Treffpunkte für die Vernetzung

der Nazis hat. Es bleibt also wichtig, am Ball zu bleiben und zu beobachten, was bei Nahtz weiterhin passiert - und einzuschreiten, wenn es nötig ist!

Bereits am Vorabend der Demo wollten knapp 30 Leute zum Hof Nahtz um nachzuschauen, ob ein Nazitreffen vorbereitet wird. Dies wurde von den Behörden nicht zugelassen. Jaja, die waren aber auch wirklich »saugefährlich«, die 30 Ü-50er, ausgerüstet mit Geh- und Sehhilfen...



Astrium GmbH Trauen

Im Oktober 2012 gab die CDU/FDP-Landesregierung 2,7 Mio. Euro Fördermittel frei für den Standort Trauen/Fassberg der dortigen EADS-Tochter Astrium GmbH. Lokale Bundes- und Landtagsabgeordnete lassen sich immer mal wieder gern sehen beim - wie es auf der Astrium-Hompage heißt - „global führenden Anbieter in der Luft- und Raumfahrt, im Verteidigungsgeschäft und den dazugehörigen Dienstleistungen“. Celles Rüstungslobbyist Henning Otte (CDU) ließ sich Anfang Juli mal wieder übers Betriebsgelände führen: „Für diesen Hochtechnologiestandort habe ich jahrelang geworben. Der Einsatz beginnt sich nun auszuzahlen und Hightech in der Heide entwickelt sich weiter.“

Was in der Pressemitteilung Ottes nicht zu lesen war: Zum Geschäftsfeld der Astrium GmbH gehört der Bau ballistische Raketen für die französischen Atomwaffen und die GmbH ist europäischer Hauptauftragnehmer für zivile und militärische Raumtransporte und

die bemannte Raumfahrt - dazu gehört insbesondere Entwicklung und Bau der Trägerrakete Ariane 5. Geschäfte macht man auch mit Satellitensysteme für den militärischen und zivilen Telekommunikationsmarkt. - Das alles erfahren die Leser*innen nicht, sondern nur technischen Schnickschnack und Gerede über „grüne Brennstoffe“ für Raketen. - Wir fragen uns: Wann besucht endlich Rebecca Harms diesen Hightech-Standort in ihrem Beritt? (02.07.2013)

Riesiges Polizeiaufgebot schützt Schlachtfabrik

Auf dem Weg zur Rothkötter-Schlachtfabrik in Wietze wurden am 8. Juli ca. 30 Personen von der Polizei von 6 bis 10 Uhr festgehalten und durchsucht. Dabei stellte sie Transparente und Blockademittel sicher. Eingesetzt wurden insgesamt drei Hundertschaften der Polizei.

Die Aktivist*innen hatten Transparente mit Aufschriften wie „Rothkötters Schlachtfabrik abschaffen - Tierausbeutung beenden“ und „Rothkötter macht mit: Zerstörung von Mensch, Tier und Natur im Akkord“ sowie Fässer und ein Dreibein (Tripod) zum Blockieren dabei. „Dieser Schlachthof macht fast allen das Leben schwer und das Sterben einfacher“, so Anna, eine der Aktivist*innen.

Polizei und Staatsschutz hatten einen drei Hundertschaften umfassenden Großeinsatz eingeleitet, welcher mögliche Blockaden oder ähnliches unterbinden sollte. Die geplante Aktion ist im Vorfeld aufgefliegen, da dieser offensichtlich massive Überwachungsmaßnahmen der Polizeibehörden vorausgegangen waren.

„Die Polizei zeigte mit ihrem Vorgehen, wie viel Aufwand es bedarf, um eine kleine Zahl motivierter Aktivist*innen von ihrem Vorhaben abzuhalten. Dies zeigt auch, wie viele Ressourcen in dieser Gesellschaft bereitgestellt werden, um einen Ausbeutungsbetrieb am Laufen zu halten“, so Arthur, einer der Beteiligten. So waren an diesem Morgen auch spezielle Einsatzfahrzeuge der Technikeinheit vor Ort.

Hintergrund der Aktion ist unter anderem, dass in der Wietzer Riesenschlachtfabrik zahlreiche Arbeiter*innen unter fragwürdigen Bedingungen beschäftigt sind, um maschinengestützt massenhaft Hühner umzubringen und weiterzuverarbeiten. Diese werden unter entsetzlichen Bedingungen aufgezo-

gen und mit gentechnisch manipuliertem Futter gemästet, für welches Menschen und Tiere aus ihren Lebensräumen vertrieben werden.

Pressemitteilung vom Bündnis für Tierbefreiung, 07.07.2013

Schmitt will weg

Stadtkämmerin Susanne Schmitt will weg – und zwar ins Europaparlament. Am 25. Mai 2014 wird gewählt und die Celler CDU würde sie gern auf einem aussichtsreichen Listenplatz sehen. Ende November wird sich zeigen, ob sie die Frau an McAllisters Seite werden wird, denn auch den ehemaligen Landesvater zieht es bekanntlich nach Straßburg. – Wir finden das fast schade, denn in ihrer professionellen Unaufgeregtheit unterscheidet sie sich doch angenehm von den vielen »Lautsprechern« in Celle. Und ihr in Teilen unreflektiert scheinender Geothermie-Lobbyismus wurde immerhin wettgemacht durch ihre Befürwortung von Gewerbesteuererhöhungen (gegen ihre Partei).



Last-Minute-Karten statt "Kulturloge"

Nachdem das Modell »Kulturloge« anderthalb Jahren nach Entstehen der Initiative zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt hat, schlägt die Fraktion Die Linke/BSG jetzt vor, das erprobte Modell des Schlosstheaters auf andere Veranstalter zu übertragen. Während das Modell »Kulturloge« darauf basiert, kostenfrei Karten für kulturelle Veranstaltungen an Menschen mit geringem Einkommen zu vermitteln, arbeitet das Schlosstheater seit Jahren mit dem so genannten »Last-Minute-Karten für Ermäßigungsberechtigte«. Interessierte können dabei 20 Minuten vor Vorstellungsbeginn an der Abendkasse im Verkauf verbliebenen Tickets, unabhängig von der Preiskategorie, zum Pauschalpreis von sechs Euro erwerben.

Behiye Uca (Die Linke): „Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis des

Schlosstheaters schnell auf andere Veranstalter wie CD Kaserne, Kunst & Bühne und Union ausgeweitet wird. Im Ziel, denke ich, sind sich alle Ratsfraktionen und die Verwaltung einig: Wir wollen Menschen mit geringem Einkommen kulturelle Teilhabe ermöglichen. Das Modell der Last-Minute-Karten bringt keinen zusätzlichen ehrenamtlichen Vermittlungsaufwand mit sich und die Veranstalter erhalten eine Erstattung ihrer zusätzlichen Kosten. Das ist aus unserer Sicht einfach umsetzbar und hat am Ende tatsächlich nur Gewinner.“

Die Ratsfraktion Die Linke/BSG hat jetzt einen entsprechenden Antrag eingebracht, in dem die Verwaltung gebeten wird, dieses Modell mit den Veranstaltern auszuloten. Ermäßigungs berechtigt wären nach diesem Modell Schüler*innen, Studierende, Azubis (bis zum 30. Lebensjahr), Behinderte mit Ausweis und einem GdB von mehr als 50 v.H. und Empfänger*innen von Sozialleistungen (SGB II, SGB XII, AsylbLG).

Pressemitteilung Die Linke/BSG, 15.07.2013

Schneller Zobel

»Arbeiten mit Profis ... immer wieder eine Freude« wird sich die CRI gedacht haben, als der CTM-Aufsichtsratsvorsitzende Bernd Zobel das Stadtfest in einem Interview mit der CZ einfach mal zwei Wochen vorterminierte und unser wunderbares Lokalblatt diese Info in einen Vierspalter mit Foto umsetzte, um sich und Zobel mit einer klitzekleinen Meldung zwei Tage darauf zu korrigieren. – Nächstes Mal vielleicht besser die Veranstalter fragen als »Große Vorsitzende« (kleiner Scherz!)

Bernd Zobel steht bekanntlich ja sowie so nicht so auf Altstadtfeiern, wobei seine Argumentation stets beeindruckt. Deren Qualität, behauptet er gegenüber der CZ, sei „eher gering“ gewesen. Und weiter: „Die Zeiten, dass wir für ein Altstadtfest viel Geld hinlegen, drittklassige Bands verpflichten und sonst passiert nichts, sind vorbei.“ Die Celler*innen müssen aus seiner Sicht aber ganz schön blöd sein, denn: „Dass die Erwartungshaltung heute so hoch ist, liegt auch daran.“ Qualität sieht der CTM-Aufsichtsratschef dagegen in Wein- und Weihnachtsmarkt, Fete Francaise und Kunsthandwerkermarkt. Ganz klar, eben da, wo's ums Geschäft geht. [CZ, 20.07.2013]

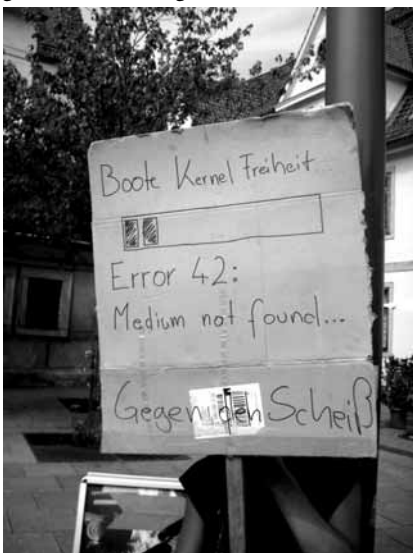


Mehr Kreisverkehr

Endlich meldet sich die »schweigende Mehrheit« lautstark und phantasievoll für mehr Kreisverkehre in der Kreisstadt zu Wort. Ganz klar: Wir brauchen größere Straßen, alles gegen-»läufig«, und einen radikalen Rückbau der Fußgängerzonen. Das machte jedenfalls ein »Gehzeug«-Korso am Samstag, den 20. Juli 2013, eindrucksvoll deutlich. – Celles erste größere »Jubeldemo« kam auf Initiative des Rio's Teams und der großartigen Dawn Doneck zustande.

Stop watching us

Gegen die zunehmende Aushöhlung des Rechtsstaats durch geheimdienstliche und staatliche Überwachung und demonstrierte das Celler Aktionsbündnis »Stop Watching Celle« am 27. Juli nachmittags auf der Stechbahn auf. Im Rahmen des deutschlandweiten Aktionstages kamen hierzu einige dutzend Teilnehmer*innen. Aufgerufen hatten der Stadtverband von Bündnis 90/Die Grünen, die Kreisverbände von Piraten und Die Linke, cryptoparty Celle und das BSG. Die Kritik in den Redebeiträgen war allerdings verhalten. Jedenfalls



forderte trotz der massiven Grundrechtsverletzung mit Wissen und/oder Zustimmung der Bundesregierung niemand deren Rücktritt. So wirkte ein autonomes Transparent mit der Forderung »Sofortige Entsorgung der herrschenden Klasse« eher deplatziert, obwohl es doch die einzig logische Konsequenz wäre – oder?

Keine neuen Fracking-Anträge

Nachdem sie von Parteifreunden auf ein Gerücht hingewiesen wurde, wonach im Raum Eschede Fracking-Bohrungen anstünden, wandte sich die Kreistagsabgeordnete Behiye Uca (Die Linke) zunächst an die Kreisverwaltung und dann an das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie. Ergebnis: »Momentan liegen dem LBEG keine neuen Anträge im Landkreis Celle für eine hydraulische Bohrlochbehandlung vor.« Ein für die Kreistagsabgeordnete allerdings überraschendes weiteres Ergebnis ihrer Anfrage: »Im Landkreis Celle sind hydraulische Bohrlochbehandlungen durchgeführt worden. Die Bohrungen heißen Wardböhlen Z1 und Bleckmar Z1. Die Wardböhlen Z1 ist ein Mal und die Bleckmar Z1 zwei Mal gefract worden.«

Enttäuscht äußerte sich Behiye Uca über die Kreisverwaltung: »Auf meine Frage, ob im Landkreis gefract wird, antwortete Kreisrat Höhl, dass man keine Kenntnis habe, ob die Technik im Landkreis Celle angewandt würde. Ich finde das bei einer derart brisanten Frage ehrlich gesagt problematisch.« Uca wandte sich dann an das LBEG stellte dort ihre Fragen auf Basis des Umweltinformationsgesetzes.

Parallel habe sie im Internet recherchiert und dort auch gefunden, dass bei der Erdgasbohrung Bleckmar Z1 am 1. April 2003 und am 1. November 2010 gefract wurde und bei der Bohrung Wardböhlen Z1 am 1. Dezember 1991. Behiye Uca meint dazu: »Ich denke, dass einer breiten Öffentlichkeit unbekannt ist, dass im Landkreis Celle schon gefract wurde. Und ich bin etwas überrascht, dass dies auch im Zusammenhang mit den Verunreinigungen mit der Bodenverunreinigung durch Lagerstättenwasser in Wardböhlen im Jahr 2012 in der lokalen Öffentlichkeit nicht thematisiert wurde.«

DIE LINKE fordert als einzige Partei weiterhin ein flächendeckendes Fracking-Verbot. (08.08.2013)



Gutscheine abschaffen!

»Politische Meinungen sind hier nicht erwünscht«, meinte der Kreistagsvorsitzende Thorsten Harms (CDU) während einer Kreistagssitzung. Das war schon immer unser Eindruck, aber halten wir ihm mal zugute, dass er nicht die Kreistagsabgeordnet*innen meinte. Er wandte sich an eine Besucher*innengruppe, die mit einem Transparent forderte: »Gutscheine an Geflüchtete ist Rassismus. Menschenrechte statt Stigmatisierung«. Immerhin beugte sich Harms mit einer freundlichen Bitte zum Entfernen des Transparents. (Dass auch das Halten eines Transparents vom Landgericht Lüneburg nicht als Störung gesehen wird, war ihm und auch den Protestierenden noch nicht bekannt – siehe Seite 16).

Landrat Wiswe, der mit seinem Kollegen in Vechta zu den letzten Verfechtern des Gutscheinsystems in Niedersachsen gehört, fühlt sich sowieso zu Unrecht beschimpft. Im »Sommer-Interview« mit der CZ las sich das so: »Ich wurde als Rassist beschimpft, dabei habe ich mich nur an das Gesetz gehalten.« (Nun gut, das fanden auch Nazi-Richter, die wegen so genannter Blutschande Todesurteile verkündeten.) Immerhin: »Es soll ja nicht skurril werden«, befand Wiswe angesichts seiner Außenseiterposition im Lande: »Wenn ganz Niedersachsen außer Vechta und Celle anders damit umgehen, dann darf man davor die Augen nicht verschließen. [...] Und auch bei uns ist die Ausgabe von Gutscheinen statt Bargeldauszahlung mit zusätzlichem Personalaufwand verbunden.«



„Was ist so schlimm daran, dass meine Haut schwarz ist?“

Seit zwanzig Jahren erhalten Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, Gutscheine statt Bargeld. Bald ebenso lange gibt es Leute, die diesen diskriminierenden Umgang mit Menschen, die nach Europa vor Verfolgung, Hunger und Krieg flüchten mussten, nicht hinnehmen wollen. Sie tauschen diese Gutscheine gegen Bargeld ein und gehen selbst damit bei Aldi und Co einkaufen. Leider gab es nie genug, um allen Flüchtlingen diese Stigmatisierung und das Gefühl des hier nicht erwünscht seins zu ersparen. Inzwischen ist es den Kommunen in Niedersachsen durch einen Erlass des Innenministers Boris Pistorius möglich, Geld anstatt Gutscheine an Flüchtlinge auszugeben. Diese Verbesserung haben bisher 46 von 48 niedersächsischen Landkreisen umgesetzt, bzw. haben diese Umstellung angekündigt. Die Verwaltungsspitze des Celler Landkreises will neben dem Landkreis Vechta jedoch weiterhin an ihrer rassistischen Gutscheinpraxis festhalten. Allen voran Landrat Klaus Wiswe.

revista sprach mit einem Flüchtling, der zurzeit in Eschede lebt, über Gutscheine und andere Probleme, die Asylsuchenden hier das Leben schwer machen. Kleine Sprachunsicherheiten wurden durch die Interviewerin im Nachhinein verbessert.

?? *Seit wann lebst du in Eschede und warum bist du aus deinem Heimatland nach Deutschland geflohen?*

!! Ich bin seit drei Jahren in Deutschland und seit einem Jahr in Eschede. Ich komme aus dem Sudan. Dort bin ich vor dem Krieg geflohen. Meine Mutter lebt noch dort, meine Schwester und mein Vater wurden getötet.

?? *Wie geht es dir in Eschede, wie sieht dein Alltag aus?*

!! In der Sammelunterkunft, in der ich leben muss, leben 17 Personen. Ich lebe mit fünf anderen in einer Wohnung. Wir haben eine gemeinsame Küche, eine Dusche, eine Toilette und einen gemeinsamen Schlafraum, der auch Aufenthaltsraum ist. Es gibt häufig Auseinandersetzungen, weil wir nicht genug Platz haben. Wenn einer Musik hören will oder Fernsehen sieht, ist es so laut, dass ich nicht lernen kann. Ich besuche montags bis freitags vormittags einen Sprachkurs. Dafür muss ich doch lernen, weil ich ab September für vier Wochen ein Praktikum machen möchte. Die Sachbearbeiterin vom Sozialamt in Eschede hat zu mir gesagt, dass ich erst drei Jahre in der Sammelunterkunft leben muss, bevor ich eine eigene Wohnung bekomme. Warum gibt es hier immer noch Gutscheine für uns? Wenn ich damit einkaufen gehe, werde ich komisch angeschaut, ich schäme mich dann sehr.

Es gibt einen Mann, der gegenüber wohnt, der mich als Neger beschimpft und sagt, ich soll hier verschwinden. Was ist so schlimm daran, dass meine Haut schwarz ist?

Einmal in der Woche spiele ich in Eschede Fußball. Die Männer, mit denen ich Fußball spiele, sind nett, sie möchten mich aber nie besuchen, weil ich in der Sammelunterkunft wohne. Da wollen sie nicht hinkommen. Alle dort haben Langeweile. Es gibt nichts zu tun, wir dürfen ja nicht arbeiten und können auch sonst nicht viel machen, dafür fehlt das Geld. Immerhin haben wir jetzt einen Fernseher. Ich hätte auch gerne ein Konto, aber dazu habe ich kein Recht.

?? *Was wünschst du dir für die Zukunft?*

!! Ich wünsche mir nur eine Arbeit und eine eigene Wohnung, alles andere kommt dann schon.



Falls Landrat Wiswe in der Gutscheinforderung weiter macht wie bisher, muss ja – leider – auch die Gutscheintauschinitiative weiter machen. Wer Interesse hat, jeweils zum Anfang eines Monats Bargeld in Gutscheine zu tauschen, kann sich melden bei: tauschinitiative-celle@gmx.de

I've been looking for freedom

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Wusstet ihr, dass wir abgehört werden? Und nicht nur abgehört – es wird veröffentlicht.

Der lange Lulatsch: Wo lebst du denn? Na klar. Deshalb führen wir doch diese hochtrabenden Gespräche, vermischt mit ein bisschen Klatsch und Tratsch.

Oma Lilo: Da muss irgendwas an mir vorbeigelaufen sein.

Die Dicke: Solange wir nur unsere Meinungen äußern und uns nicht »bewegen«, interessiert's den Staat ja auch nur untergeordnet. Und wir sind ja leider festbetoniert in dieser Konsummeile.

Klein Jonas: Aber ihr sagt doch immer, dass den Staat alles interessiert.

Der Besserwisser: Nicht ganz. Wir sagen: Den Staat interessiert alles, was die Sicherheit seiner Ordnung gefährdet.

Der lange Lulatsch: Genau. Aber warum sollte er eine brave Bürgerin, die hart arbeitet, ihre Kinder großzieht und in ihrer Freizeit Tai Chi macht, bespitzeln.

Oma Lilo: Die Behauptung steht jetzt immerhin im Raum.

Der Besserwisser: Der Staat will nicht alles kontrollieren. Wie die Leute miteinander im Privaten oder geschäftlich umgehen, kümmert ihn erst, wenn sie gegen Regeln verstoßen. Dafür gibt es dann Zivilrecht und Strafrecht. Aber das von Innenminister Friedrich in die Welt gesetzte „Supergrundrecht Sicherheit“ lässt ja eine Wahrheit aufscheinen: In dem Zusammenhang sagte er ja, die Bürger*innen sollen sich besser selbst um ihre digitale Sicherheit kümmern und der Staat kümmert sich um seine Sicherheit, was eben nicht gleichbedeutend ist mit der Sicherheit seiner Bürger*innen.

Der lange Lulatsch: Vom Standpunkt des Staates aus gibt es aber das Bedürfnis, überhaupt bei allen Bürger*innen nachzuforschen, ob sie nicht etwas gegen ihn im Schilde führen. Das ist die Aufgabe von Verfassungsschutz und Geheimdiensten. Und da kann man dann auch nicht auf einen Anfangsverdacht warten, denn das wäre ein Hindernis, alles herauszubekommen. Und deshalb wird am besten erst mal alles gesammelt, was die Speichermedien hergeben, und dann wird sortiert.

Oma Lilo: Und wie sortiert er dann?

Der lange Lulatsch: Nehmen wir ein Beispiel – nicht digital, sondern von der Straße: Wenn hier auf der Stechbahn eine Versammlung unter dem Motto »Stop watching us« stattfindet, dann hält sich der Staat genau an diese Forderung nicht. Sondern die lokale politische Polizei legt eine Aktennotiz an: Da finden sich dann die Namen der Anmelder und vielleicht auch eine Teilnehmer*innenzahl. Und bestimmt werden noch die üblichen Verdächtigen aufgelistet. Dass da Bürger*innen eine Meinung äußern, ist aber nicht von besonderem Interesse. Da weiß man aus Erfahrung, dass es im Kern folgenlos bleibt – oder sogar im Gegenteil: Weil die freie Meinungsäußerung gewährt wird, stärkt es den Glauben an die Meinungsfreiheit. Das einzige, was für Irritationen sorgen dürfte, war das Transparent mit der Forderung: „Sofortige



Entsorgung der herrschenden Klasse.“ Und da wandert dann wahrscheinlich auch ein Foto zu den Akten, damit man in fünf Jahren noch weiß, wer das Transparent gehalten hat.

Klein Jonas: Und das dürfen die?

Die Dicke: Jedenfalls verstoßen sie damit nicht gegen ein Gesetz.

Oma Lilo: Und der traurige Witz dürfte darin bestehen, dass ein Teil der Teilnehmer*innen dieser »Stop watching us«-Versammlung dagegen wahrscheinlich nichts hat.

Klein Jonas: Aber gegen die USA sind sie schon, oder? Sonst würden sie ihre Forderung ja nicht in englisch äußern.

Die Dicke: Erstaunlicherweise gestehen viele der eigenen Herrschaft anscheinend zu, dass das Internet für sie »Neuland« sei oder vertrauen darauf, dass künftig alles nach Recht und Gesetz passiert.

Der lange Lulatsch: Merkel, Steinbrück & Co. waren aber schauspielerisch auch brillant in ihrer Empörung darüber, dass sie „von Freunden“ abgehört werden.

Der Besserwisser: Als wenn sie noch nie im Leben etwas von Spionage gehört hätten. Dabei ist das nun mal die andere Seite der Spitzzelei – die eine richtet sich nach innen und die andere nach außen. Im Unterschied zu den anderen Staaten haben die USA als Weltmacht Nr.1 eben überall auf der Welt Interessen, um deren Durchsetzung bzw. eventuelle Gefährdung sie sich kümmern müssen, weshalb flächendeckend alles, was geht, ausspioniert wird.

Oma Lilo: Aber neu ist ja, dass sie – wie auch beim Drohnenkrieg – überhaupt nicht mehr zwischen In- und Ausland unterscheiden. Die sieben Milliarden Menschen auf diesem Planeten sind für sie ein Heuhaufen, den sie scannen, um dann bei Bedarf die nach ihren Sicherheitskriterien definierte Nadel zu finden.

Der Besserwisser: Genau. Die imperialistische Unverschämtheit besteht nicht darin, dass sie die anderen Staatsgewalten ins Visier nehmen, also das Übliche an Spionage betreiben, sondern dass die »deren Bürger« unter dem Motto durchleuchten: Die ganze Welt ist ein potenzieller Haufen von Terroristen und Sicherheits-Gefährdern aller Art.

Die Dicke: Und jetzt ärgert sich die Kanzlerin darüber, dass Obama ihre Hoheit über ihre Bürger*innen nicht mehr ernst nimmt?

Oma Lilo: Ein bisschen schon, denke ich. Das ist ja auch »Neuland«.

Der lange Lulatsch: Von wegen. Bis in die frühen 1970er wurde der gesamte Postverkehr aus der DDR und anderen Ostblockstaaten beschlagnahmt, geöffnet und zum großen Teil vernichtet – nachweislich über 140 Millionen Sendungen. Und von Postsendungen, die in der BRD aufgegeben wurden, haben die Dienste – so der Historiker Foschepoth – jährlich durchschnittlich etwa 100.000 aus dem Verkehr gezogen. Das alles unter Hoheit alliierter Dienststellen, aber mit Wissen und Unterstützung des westdeutschen Staates. Und dass die andere Seite ähnlich verfuhr, macht es nicht besser.

Der lange Lulatsch: Das Miteinander von BND und NSA sollen wir jetzt ja auch toll finden – gegen Dritte oder »die Terroristen« ist alles erlaubt. Und notfalls schafft man dafür dann eben noch die fehlenden Rechtsgrundlagen.

Oma Lilo: Imperialistischer Alltag also?

Der Besserwisser: Alles für Freedom & Democracy.



Freispruch für Tierrechtsaktivisten

Ein erfreuliches Ende nahm im Juli ein Prozess gegen einen Tierbefreiungsaktivisten, gegen den der Landkreis Celle eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt hatte. Kurz zum Hintergrund: Am 23. Mai 2012 fand im Kreistagssaal eine Anhörung zum Neubau von zwei Hähnchen-Mastanlagen für 84.000 Tiere statt, die in Bockelskamp entstehen sollten. (Anfang diesen Jahres zog der antragstellende Landwirt Christoph Lichthardt seinen Antrag zurück.) Bei der Anhörung war es zu lautstarken Protesten gekommen und es wurden Transparente gegen industrielle Tierhaltung entrollt. Kreisdezenternent Gerald Höhl sprach Hausverbote aus und ließ sie von der Polizei durchsetzen. Ergebnis: Strafbefehle wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und auch ein Strafbefehl wegen Hausfriedensbruch. Gegen letzteren legte der Tierbefreiungsaktivisten Karl-C. Widerspruch ein.

In der ersten Prozessrunde vor dem Amtsgericht Celle bestätigte Richterin Silja Precht den Strafbefehl und verurteilte Karl-C. zu 20 Tagessätzen. (Die Prozessbesucher*innen wurden übrigens einer doppelten Leibesvisitation unterzogen, woran sich im Gerichtssaal eine hochgradig ignorante Prozessführung durch die Vorsitzende anschloss.)

Gegen das Urteil von Precht legten sowohl Karl-C. wie auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein. So wurde im Juli vor dem Landgericht in Lüneburg erneut verhandelt. Und hier kam es dann zu einem Freispruch.

Der Angeklagte und seine Laienverteidigerin forderten in einem juristischen Plädoyer einen Freispruch und trugen zusätzlich ein politisches Plädoyer für die Befreiung von Mensch und Tier und die damit einhergehende Abschaffung von Staat und Kapitalismus vor. Oberstaatsanwalt Vogel forderte u.a. mit der Begründung, dass die Interessen der Wirtschaft gewahrt werden müssten, eine Strafe von 40 Tagessätzen à zehn Euro.

Richter Bendtsen stimmte der juristischen Argumentation der Verteidigung zu, dass hier kein Hausfriedensbruch vorliege, und sprach den Angeklagten frei. Die juristische Begründung dieses Freispruchs stützte sich im Wesentlichen auf folgende Punkte:

- Lediglich das Halten von Transparenten stellt keine Störung von Veranstaltungen dar, sondern fällt unter den Schutz der Meinungsfreiheit.
- Es konnte nicht nachgewiesen werden, mit welchem Wortlaut und ob der Kreisdezenternent dem Angeklagten das Hausverbot mitteilte.
- Die Zeugen sprachen zwar von "einer Gruppe von Störern", aus deren Reihen es auch zu dem Rufen von Parolen kam. Dass aber eine Gruppe, die sich von den

anderen Teilnehmer*innen abgrenzte, existiert habe, konnte nicht nachgewiesen werden. Ebenso blieb unklar, ob der Beschuldigte sich an den Rufen der Parolen beteiligt hatte. Das Hausverbot hätte demzufolge jeder Person einzeln erteilt werden müssen.

Mehr unter: <http://antiindustryfarm.blogspot.de>



Am 12. Juli gelang es zehn Tierbefreiungs- und Umweltaktivist*innen, die Schlachtfabrik von Wiesenhof in Wietzen/Holte zu blockieren. Die besagte Schlachtfabrik soll bis 2014 ausgebaut werden, wodurch die Anzahl der getöteten Tiere pro Tag von 140.000 auf 250.000 gesteigert werden würde. Am Morgen begannen Aktivist*innen die Zufahrtswege zur Schlachtfabrik zu blockieren, indem vier Personen mit Transparenten die Straße versperrten und drei weitere die Dächer der Fleischtransporter erkletterten und diese so am Weiterfahren hinderten. Nachdem eine Räumung der Personen auf den Transportern durch eine Hebebühne der Polizei gescheitert war, wurden diese unter Amtshilfe der Feuerwehr von "Kletterpolizisten" geräumt.

Anstieg auf 63 Prozent in 2012

Rund 63 Prozent des Strombedarfs im Netzgebiet der Celle Uelzen Netz GmbH (formerly known as SVO) wurden im Jahr 2012 durch Erneuerbarer Energien abgedeckt (2010: 42 %, 2011: 55 %). Insbesondere die Leistungsverstärkung Biogasanlagen, aber auch der Ausbau bei Photovoltaikanlagen hat zur erneuten Steigerung beigetragen. Bundesweit lag der Anteil Erneuerbaren zur Deckung des Stromverbrauchs im Jahr 2012 bei rund 23%. Der zur e.on-"Familie" gehörende regionale Grundversorger hat in 2012 rund 132 Millionen Euro an die Einspeiser Erneuerbarer Energien ausgezahlt. Dies geht hervor aus dem "Erneuerbare Energien Bericht" des Unternehmens.

Interessant ist die sehr ungleichgewichtige Situation im Landkreis (siehe Tabelle unten). So wird auf den Gebieten der SG Lachendorf, Eschede, Flotwedel und in Hermannsburg mehr Strom regenerativ erzeugt, als verbraucht wird. Celle ist in diesem Ranking mit einem Selbstversorgungsgrad von nur 18 Prozent weit hinten. Beim Blick auf die unterschiedlichen Erzeugungsarten fällt auf, dass die Biogasanlagen leider 59 % des Anteils der Erneuerbaren liefern. Die Windenergie liegt immerhin bei 35 %, während Photovoltaik mit rund 5 % und die Wasserkraft mit knapp einem Prozent den Rest liefern. Eigentlich sollte es angesichts der "Vermaisung" der Landschaft klar sein, dass hier eine weitere Kapazitätsausdehnung verhindert werden muss. Gleichzeitig besteht bei den hinterherhinkenden Gemeinden eine Ausbaumöglichkeit gerade bei Windenergie. Was ist weiter auffällig? Die Gesamtproduktion in Sachen Photovoltaik ist für eine Stadt wie Celle im Vergleich z.B. zu Bergen absolut noch ausbaufähig, selbst in Nienhagen

und Wathlingen gibt es anscheinend eine deutlich höhere Bereitschaft zur Investition in Solarenergie. Unterm Strich ist die Entwicklung der Regenerativen im Landkreis Celle sicher zu begrüßen. Viel wichtiger wäre aber, endlich eine radikale Trendwende beim Stromverbrauch hinzubekommen. Aber da ist selbstverständlich die Celle Uelzen Netz GmbH der falsche Ansprechpartner.

Noch eine eher kuriose Geschichte zum Abschluss: Aus dem Klimaschutzfond der Stadt wurden kürzlich 20.000 Euro für Anschaffung und Einsatz von E-Bikes im Tourismus bewilligt. Auf die Frage der Beigeordneten Behiye Uca, wie denn die Stadt gewährleisten wolle, dass diese E-Bikes mit regenerativem Strom "betankt" würden, erhielt sie vom Oberbürgermeister sinngemäß folgende Antwort: Dies sei anzunehmen, da im Landkreis der Strom zu 75 % aus regenerativer Energie stamme. Abgesehen davon, dass die Zahl etwas überzogen ist. Für unseren Oberbürgermeister scheint die alte Regel zu gelten, dass der Strom aus der Steckdose kommt. Dass in unserer tollen Marktwirtschaft der Strom, der aus der Steckdose kommt, ein sehr unterschiedliches Gewand hat, scheint ihn nicht mehr zu interessieren. Denn auf wundersame Weise zeigt sich erst auf der Rechnung, welche Art Strom bezogen wurde. Wovon sollten wir also ausgehen? Die E-Bikes der Celler Tourismus und Marketing GmbH (CTM) werden mit allem möglichen aufgeladen, mit Ökostrom aber höchstwahrscheinlich nicht. Entsprechende Auflagen jedenfalls gibt es nicht. Aber vielleicht kann sich der Aufsichtsratsvorsitzende der CTM, Bernd Zobel, da mal drum "kümmern".

	Energie Entnahme	Energie Einspeisung	in %	davon Biomasse	Wind	Solar	Wasser
SG Lachendorf	38.724	147.493	381	67.385	77.324	2.784	
SG Eschede	20.841	50.231	241	26.910	20.961	2.360	
SG Flotwedel	32.528	50.993	157	40.029	6.551	4.333	80
Hermannsburg	30.991	39.378	127	33.418	4.366	1.574	20
SG Unterlüß	27.064	19.962	74	1.782	18.031	149	
SG Wathlingen	56.135	35.132	63	30.459	3.009	1.664	
LK Gesamt	749.058	474.095	63	280.016	165.023	26.330	2.727
Bergen	54.967	29.085	53	17.739	5.288	6.059	
Fassberg	26.198	10.808	41	9.992		791	25
Hambühren	27.358	10.954	40	8.091		832	2.031
Winsen	39.582	13.151	33	9.644	1.629	1.687	191
Celle	331.692	59.901	18	34.568	21.309	3.645	379
Wietze	42.024	6.994	17		6.555	439	
Lohheide	20.953	14	0			14	

Energie jeweils in Tsd. kWh/a

Gedenken an Peter Deutschmann

Nun liegt er in Eschede, der Gedenkstein für Peter Deutschmann – 14 Jahre, nachdem er dort von zwei Escheder Neonazis zu Tode geprügelt wurde ...

... und nachdem DGB und Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus 2009 während der Sommerdemo in Eschede sowie zum 10-jährigen Todestag von Peter Deutschmann jeweils eine Gedenkveranstaltung am Ort des Verbrechens abhielten. Bereits da forderte der DGB eine Gedenktafel. Mit der Gemeinde waren damals bereits Gespräche geführt worden. Samtgemeindebürgermeister Berg sagte zu, die Sache zu prüfen. Da allerdings kein Ergebnis zustande kam, nahmen in den folgenden drei Jahren Aktive aus dem Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus die Sache selbst in die Hand. Mit einem Gedenkstein waren sie jeweils am 10.08., dem Todestag von Peter Deutschmann, in Eschede unterwegs und errichteten diesen vorübergehend an Standorten, die aus ihrer Sicht angemessen wären, öffentlich sichtbar als Erinnerung und Mahnung.

Letztes Jahr hatte sich in Eschede eine Arbeitsgruppe gegründet, bestehend aus Vertreter*innen der Parteien, Kirche und Escheder AK für Demokratie und Menschenrechte. Als Ergebnis von vier Sitzungen ist nun der Gedenkstein für Peter Deutschmann auf dem Kirchenvorplatz errichtet worden. Endlich – könnte man sagen.



Der Standort mag einem stillen Gedenken entsprechen. Allerdings soll der Stein auch eine Mahnung sein: „Der Stein soll daran erinnern, warum Peter Deutschmann tot geprügelt wurde: Es war eine rechtsmotiviert Tat und das soll auch so genannt werden! Und der Stein soll auffordern, sich dem Problem zu stellen, eben nicht weg zu schauen, zu ignorieren“, hieß es in der Ansprache vom Celler Forum zum Gedenken an Peter Deutschmann im Jahr 2012. Dafür wäre ein Standort in der Ortsmitte sicherlich geeigneter. Aber, mehr war nicht drin, Ableh-

nung für eine zentral Errichtung kam wohl in erster Linie aus den Reihen der CDU. Gerade für diejenigen, die das Problem nicht wahrhaben wollen, wäre es so wichtig gewesen, ihnen den Stein quasi in den Weg zu legen.

Auch wird auf der Gedenktafel nicht erwähnt, dass nicht nur das Opfer sondern auch die Täter aus Eschede kamen, leider. Denn das wäre auch eine wichtige Mahnung gewesen, in Zukunft genauer hinzuschauen.

In einer der Reden wurde als erstes die Celler SPD-Bundestagsabgeordnete begrüßt und nicht die anwesende Familie von Peter Deutschmann; das war etwas irritierend, um nicht zu sagen würdelos.

Bei dem folgenden Klopfen auf die Schultern derer, die sich für ein Gedenken einsetzten, wurden DGB/Celler Forum gar nicht erwähnt, geschweige denn die rund 30 Antifaschist*innen, die im Jahr 2000 dem gewaltsamen Tod Peter Deutschmanns in Eschede mit einer Mahnwache gedachten. Sie mussten sich damals, nur ein Jahr nach dem schrecklichen Verbrechen schon anhören „In unserem Ort? Da habe ich noch nie etwas davon gehört.“ So eine Aussage sowie die Tatsache, dass auch auf der diesjährigen Gedenkfeier Leute waren, die dachten, dass das politische Motiv der Täter erst wenige Jahre bekannt wäre, macht deutlich, wie wichtig ein zentraler Platz gewesen wäre. Denn bereits zum Zeitpunkt der Tat war klar, dass die Täter Neonazis waren. Aber das Opfer war ja auch „nur“ einer vom Rand der Gesellschaft und eben nicht bei der Feuerwehr oder ein dekoriertes Schützenbruder, wie Klaus Jordan in seiner starken Rede am 10.08.2013 feststellte. Da schaute die Gesellschaft eben nicht so genau hin. Um so ein Wegschauen wenigstens in Zukunft zu verhindern, um die Gefahr, die von Neonazis ausgeht ernst zu nehmen, um potentielle Opfer der Nazis nicht selber auszugrenzen oder besser sogar zu schützen – dafür gehört ein Gedenkstein eigentlich ins Zentrum.

Nun ist es so, dass die Familie sich für den jetzigen Platz ausgesprochen hat. Peter Deutschmanns Tochter möchte zur Ruhe kommen und denkt, dieser Ort gibt ihr die Möglichkeit dazu. Aber sie hat auch neben dem persönlichen Trauern das öffentliche Gedenken im Blick. „Trotz Allem finde ich es gut, dass es Menschen gibt, die sich für meinen Vater und auch andere Gewaltopfer einsetzen, die ihm öffentlich gedenken und demonstrieren. Gerade weil ich selbst nicht die Kraft habe und leider auch feststellen muss, dass ich noch lange nicht gelernt habe, damit zu leben“, so wurde sie am 22.12.2012 zitiert. Das könnte ja ein Weg sein: der Gedenkstein als Ort der Ruhe auf dem Kirchenvorplatz, Kundgebungen im Ortskern „Gegen das Vergessen“ und für mehr gesellschaftliche Verantwortung.

Erneut Nazikonzert im Landkreis

Am Abend des 20. Juli 2013 fand in Lachendorf ein Rechtsrock-Konzert mit ca. 60 Personen überwiegend aus den neuen Bundesländern statt, aber auch Snevern Jungs und Düütsche Deerns waren anwesend. Ursprünglich sollte das Konzert in Mellin im Altmarkkreis in Sachsen-Anhalt stattfinden, wurde aber von den Nazis drei Tage vor dem Konzert aufgrund von Auflagen der Behörden nach Niedersachsen verlegt. Genaueres konnte ab Samstagmittag unter einer Handynummer bei den Organisatoren abgefragt werden. Schließlich stellte sich Lachendorf als Veranstaltungsort heraus, auf einem Gewerbegrundstück im Gockenholzer Weg. Der Eigentümer erklärte dazu, dass es sich um eine private Veranstaltung handeln würde. Ihm sei bewusst, dass es sich um ein »Skinhead-Treffen« handelte und er sei damit auch einverstanden.

Als Veranstalter des Konzerts stellte sich der in rechten Kreisen bekannte Andreas Nickel heraus, der bereits 2006 ein Nazikonzert in Celle Neustadt-Altenhäusen veranstalten wollte, das dann aber polizeilich untersagt wurde. Zu der Zeit bewegte sich Nickel in Kreisen der sog. "Freien Nationalisten Altmark-West" und dem "Selbstschutz Sachsen-Anhalt" (SS-SA).

Angekündigt waren die rechten Gruppen Rampage, Abtrimo und Likedeelers. Auf der Facebook-Seite von Abtrimo wurde offen für das Konzert geworben. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts zu den Hamburger Bands Abtrimo und Likedeelers: *„Die Band Abtrimo stellt sich in ihrem Lied »Sound der 80er« selbst in die Tradition der bedeutendsten englischen Naziband »Skrewdriver«, welche auch die internationale, in Deutschland im Jahre 2000 verbotene Organisation »Blood & Honour« mit aufbaute. In dem Lied besingt Abtrimo »Gewalt und Hass«. Dass sich die beiden Hamburger Bands gar in die Nähe von Naziterroristen stellen, verdeutlicht ihre 2012 gemeinsam aufgenommene Platte mit dem Titel »Norddeutscher Untergrund - der erste Streich!« Eine eindeutige Anspielung auf die Terrororganisation »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU), die ihre Morde in dem widerlichen »Paulchen-Panther-Video« als »Streiche« in Folge abfeierte.“*

In Lachendorf gab es keine Auflagen wie in Mellin – das Konzert wurde im Vorfeld einfach gar nicht registriert! Erst als ortsansässige Journalisten informiert wurden und von dieser Seite bei der Celler Polizei nachgefragt wurde, zeigte sich diese ein bisschen überrascht. Braunschweiger Polizisten wurden dazugerufen, sie machten den Eindruck durchaus bereit gewesen zu sein, den Spuk zu beenden. Die Celler Polizei wertete die Veranstaltung aber als privat, und ordnungsrechtlich sei nichts zu beanstanden. Also beschränkte sich die Polizei auf Beobachtung des Ganzen. Der Lachendorfer Gemeindedirektor hat allerdings Zweifel daran, dass es sich um eine »private« Veranstaltung handelte, nachdem auf Facebook über die Verlegung des Konzerts informiert wurde. Er meint, es müsse geklärt werden, ob der Grundstückseigentümer den Skinheads oder Neonazis angehöre: *„Wenn ja, haben wir ein Problem“*. Die Polizei hat angeblich keine Erkenntnis darüber, dass dies so sei, naja, zumindest war er mit einem »Skinhead-Treffen« auf seinem Grundstück einverstanden. Der Lachendorfer Gemeindedirektor: *„Wir haben den Grundstückseigentümer angeschrieben und ihm mitgeteilt, dass wir nicht angetan sind“*. Man erwarte, dass das Grundstück nicht erneut für solche Veranstaltungen überlassen werde. Na, schauen wir mal.

Ob das Konzert für die Nazis ein Erfolg war, ist nicht klar. Sie konnten erst sehr spät anfangen, angeblich haben auch nicht alle Bands gespielt (laut Celler Polizei nur zwei Personen, von welcher Band wissen sie nicht), laut Indymedia dröhnte bis in die späte Nacht die Nazimusik durch das Gewerbegebiet. Jedenfalls war am nächsten Morgen das Gelände weitestgehend leer, lediglich einer war noch beim Aufräumen zu sehen. Der Letzte macht das Licht aus.



Vom TÜP zum Großschutzgebiet?

Der NATO-Truppenübungsplatz Bergen ist derzeit noch der größte seiner Art in Europa. Mit dem Abzug der britischen Truppen, der jetzt schon bis Ende 2015 erfolgen soll, und dem „Umbau“ der Bundeswehr ist ein Ende der militärischen Nutzung zumindest eine Option. Während im Landkreis Celle der Rüstungslobbyist und CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte sich dafür einsetzt, dass die Bundeswehr diesen „Hochwertstandort“ weiter nutzen soll, da sich einzigartige Übungs- und Ausbildungsmöglichkeiten böten, hat der Landschaftsökologe Arne Hilbich eine ganz andere Vision: aus dem Truppenübungsplatz soll ein UNESCO-Biosphärenreservat werden. Wir fragten nach, wie er sich das vorstellt.



?: Du setzt dich seit längerem dafür ein, dass aus dem NATO-Truppenübungsplatz Bergen ein ziviles Naturschutzreservat wird. Aber bevor wir dazu kommen, kannst du unseren Leser*innen vielleicht kurz ein Bild vom Truppenübungsplatz und der aktuellen Situation geben.

!!: Zunächst einmal sollte man sich vor Augen halten, wie riesig der Truppenübungsplatz ist. Es handelt sich um den größten Übungsplatz Mitteleuropas; er ist 284 km² groß, also etwa so groß wie die Fläche der Stadt Bremen - das ist die größte unbesiedelte Fläche Deutschlands.

Die Nazis legten den Platz 1935 zur Vorbereitung des Angriffskrieges auf die Sowjetunion an, damals mussten rund 3.650 Menschen ihre Häuser verlassen. Von den alten Höfen ist wenig geblieben, hier und da findet man noch ein paar Hofeichen, Obstbäume oder Grundmauern. Es gibt jedoch noch einige Ortschaften am Platzrand, die zu den gemeindefreien Bezirken Lohheide und Osterheide gehören - Orte mit eingeschränkter Demokratie, da es hier keine Kommunalwahlen gibt. Auch gehören die Immobilien hier komplett dem Bund. Außerdem finden sich am jeweils westlichen und östlichen Platzrand die großen Kasernen von Oerbke (Bad Fallingbostal) und Bergen-Hohne.

Der TÜP Bergen ist als Panzerübungsplatz angelegt worden, so wurden hier von den Briten die Kriege im Irak und Afghanistan geprobt. Es gibt 15 Schießbahnen für Kampfpanzer, die sternförmig vom Platzrand in die Platzmitte hinein führen.

Ein Schwerpunkt der Übungen liegt nach wie vor auf Panzer- und Gefechtsübungen, aber auch das meiste

andere „Spielgerät“ der Militärs wird hier ausprobiert. So wirbt die Bundeswehr in einer Werbebroschüre für den Truppenübungsplatz unter „Übungsmöglichkeiten“ auch mit „Drohneinsatz“ und „Minenverlegen“! Es finden auch Übungen mit dem Kampfhubschrauber »Apache« statt.

Die Hauptnutzer sind derzeit die Bundeswehr und die Britische Armee, in geringerem Umfang andere NATO-Truppen. Allerdings ziehen die Briten ja nun bis 2015 aus Bergen und Bad Fallingbostal ab, womit einer der Hauptnutzer entfällt, weshalb wir meinen, dass es an der Zeit ist, dass nicht nur die Briten abziehen, sondern das ganze Militär. Denn nach wie vor stellen die Schießübungen eine große Belastung für die umliegenden Ortschaften dar. Wenn es im Kurort Bad Fallingbostal mit seiner Herzkrankheit mal wieder so richtig knallt, reisen auch schon mal Gäste wieder ab. In den Orten am Platzrand haben viele Häuser Risse von dem seit fast 80 Jahren andauernden Geballer. Und nun gedenkt die Bundeswehr, auf ortsnahen Schießbahnen, auf der lange Zeit eine eingeschränkte Nutzung galt, wieder kräftig das Nachtschießen und die Schießintensität zu erhöhen.

Dennoch - trotz großer Zerstörungen durch die Panzerfahrten und sonstige Spuren des Übungsbetriebes findet man auf dem TÜP in Teilen eine wunderschöne Landschaft - sehr hügelig mit riesigen Heide- und Moorflächen, vielen Gewässern und naturnahen Wäldern. Vor der Einrichtung des Übungsplatzes war dies eine der beliebtesten Urlaubsregionen des damaligen Deutschen Reiches.

?: Als ich mich für dieses Interview ein bisschen schlau machen wollte, habe ich entdeckt, dass es in den 1990er Jahren einmal ein umfangreiches Forschungsprojekt zur Konversion des Truppenübungsplatzes gab. Weißt du wie es seinerzeit dazu kam und kannst du uns etwas über die Ergebnisse der Studien sagen?

!!: Der Anlass für diese Studie war die Anfang der 1990er Jahre auftretende Hoffnung, dass es nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion auch eine militärische Entspannung und ein Ende des Militärbetriebes geben würde. Es gab seinerzeit schon einmal eine Bürgerinitiative zur Auflösung des Truppenübungsplatzes, und die hat damals initiiert, dass es diese Studie von der Stiftung »Die Schwelle« unter Dr. Burkhard Luber gab. Die Studie ist sehr umfangreich und umfasst sechs Bände. Die wesentlichen Ergebnisse decken sich dabei gut mit unseren Ideen und Forderungen: Einrichtung eines Großschutzgebietes mit sanftem Tourismus, Besucherlenkungskonzepte, Einrichtung einer Fachhochschule in den Kasernen - all das wird als gut umsetzbar angesehen. Vor allem aber wird in der Studie darauf hingewiesen, dass der Anstoß und

der Wille zu einer Konversion aus den umliegenden Städten und Gemeinden kommen muss, wenngleich diese Mammutaufgabe natürlich nur mit Unterstützung des Landes und des Bundes zu leisten ist. Als Initialschritt wird für die Städte Bergen und Fallingbostal die Einrichtung einer „kommunalen Arbeitsgemeinschaft Konversion“ vorgeschlagen - das ist leider bis heute nicht passiert und nun gibt es lange Gesichter, wo die Britische Armee tatsächlich abzieht.

?: *Wie würdest du heute die ökologische Bedeutung dieses riesigen Gebietes einschätzen? Der Wolf ist ja wahrscheinlich nur ein Randthema. Vor allem aber fragen wir uns: Gibt es nicht gewaltige Probleme mit Altlasten?*

!: Der ökologische Wert des Gebietes ist enorm hoch - dies ist auch der Grund, weshalb wir fordern, aus dem gesamten Gebiet ein Biosphärenreservat zu machen. So bizarr es zunächst mal klingen mag - die mittlerweile fast 80-jährige militärische Nutzung hatte immerhin den Vorteil, dass dieses Gebiet nicht der industriellen Landwirtschaft zum Opfer gefallen ist und es deshalb kaum eine Belastung durch Überdüngung oder Pestizide gibt. Deshalb und durch die verhältnismäßig große Unge-störtheit vieler Bereiche finden sich eine enorme Vielzahl seltener Pflanzen und Tiere. So gibt es unter anderem die größte Birkhuhn-Population Mitteleuropas und Arten wie den Seeadler, den Schwarzstorch und - ich freue mich da sehr darüber - auch wieder die Wölfe, die ja jetzt sogar Welpen bekommen haben.

Rechtlich gesehen sind große Teile des Übungsplatzes bereits jetzt Schutzgebiete - nämlich EU-Vogelschutzgebiet und Schutzgebiete nach der europäischen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Schutzgebiet). In diesem Falle darf allerdings in den Schutzgebieten lustig Krieg gespielt werden. Es gibt sogar die merkwürdige Vereinbarung, dass hier die Bundeswehr für das Management der Schutzgebiete zuständig ist; eine Aufgabe, die eigentlich die Naturschutzbehörden wahrnehmen. Die Bundeswehr ist hier also von Amts wegen in den Stand einer Naturschutzorganisation erhoben worden. Das ist natürlich eine echt scharfe Geschichte, zumal es für den zivilen Naturschutz schwer ist, der Bundeswehr auf die Finger zu schauen, da man ja kaum Chancen hat, in das Gelände zu gelangen.

Diese Schutzgebiete müssen nach EU-Recht auch nach dem Ende des Militärbetriebes erhalten bleiben. Jedoch besteht die Gefahr, dass die nicht unter Schutz stehenden Randbereiche des Platzes, die den wertvollen Kernbereich von der Umgebung abschirmen, dann zum Beispiel in Maisäcker umgewandelt werden oder es zu einer großflächigen Ausbeutung der Erdgasvorkommen, womöglich gar mit Fracking, kommt. Deswegen wollen wir für das Biosphärenreservat nicht nur die Sahnestücke, also die sowieso schon geschützten Bereiche, sondern die ganze Torte.

Aber es stimmt, diese „Torte“ ist teilweise verseucht, es gibt große Probleme mit Altlasten. Durch unzählige Munitionsreste kommt es stellenweise zu einer starken



Belastung des Bodens mit Schwermetallen. In der Studie aus den 1990ern wurde auch diese Problematik untersucht. Der Autor hat damals in Bodenproben stark erhöhte Werte von u.a. Cadmium, Blei und Quecksilber gefunden, weist aber darauf hin, dass ihn die Bundeswehr damals gar nicht zu den besonders kritischen Punkten vorgelassen hat. Außerdem findet man eine weitreichende Bodenerosion und eine Verschmutzung von Boden und Wasser mit Treibstoffen. Wir hoffen, dass die Angaben stimmen und dass hier nicht mit uranhaltiger Munition geprobt wurde, aber wer weiß das schon genau.

Der Militärbetrieb bringt auch weitere negative Folgen mit sich. So sieht es in Teilen des EU-Vogelschutzgebietes auf dem Platz aus wie auf einem Schrottplatz. Übungsdörfer, Zielvorrichtungen und das enge Straßen- und Wegenetz führen zu einer Störung der Tierwelt. Denn trotz der teilweise einzigartigen Natur sollte allen klar sein: Das vordergründige Ziel der Militärs ist nicht der Naturschutz, sondern das Üben des Krieges. Ein ziviler Naturschutz könnte hier viel gezielter und effektiver arbeiten. Der Truppenübungsplatz kostet **wöchentlich** rund 750.000 € in der Unterhaltung. Wenn man später davon auch nur einen Bruchteil für ein Schutzgebiet hätte, könnten alle Heidschnucken ein Goldkettchen tragen!

?: *Du setzt dich für eine Konversion hin zu einem Naturschutzreservat oder einen Nationalpark ein. Was müssen wir uns hinsichtlich der Nutzungen oder Nicht-Nutzungen darunter vorstellen? Wie würdest du ein solches Projekt gesellschaftlich, ökologisch, aber auch hinsichtlich der betroffenen Regionen einschätzen?*

!: Uns schwebt die Einrichtung eines UNESCO-Biosphärenreservates vor. Allerdings verwenden wir die Bezeichnung „Biosphärengebiet“, das klingt besser als das etwas negativ besetzte Wort „Reservat“. Der Vorteil eines Biosphärengebietes gegenüber einem Nationalpark ist sein Drei-Zonen-Prinzip. So gibt es eine Kernzone, eine Pflegezone und eine Entwicklungszone. Die Kernzone ist ein Bereich, in dem die Natur sich selbst überlassen wird und der Mensch nicht hinein darf. Dies könnte auf dem Platz kleinere Bereiche wie Moore und Naturwälder umfassen. In der Pflegezone kommt es zu einer schonenden Landnutzung wie zum Beispiel der

Offenhaltung von Heideflächen durch Schafbeweidung. Dies sind auf dem Platz die größten und schönsten Flächen, die sich ideal für einen sanften Tourismus eignen. Und die Entwicklungszone - die kann auch die ganz normale umliegende Landschaft mit Landwirtschaft und Siedlungen umfassen. Unsere Idee ist nämlich, dass nicht nur der Übungsplatz selber, sondern auch sein Umland zum Biosphärengebiet werden könnte. Selbst Bergen, Winsen und Celle könnten also Teil des Biosphärengebietes werden. In einer solchen „Entwicklungszone“ werden natürlich nicht die dort lebenden Bewohner*innen vertrieben - diese Zuordnung bedeutet nur, dass dann dort verstärkt Projekte gefördert, die zu einem ökologischen Umbau der Region beitragen und regionale Strukturen fördern, wie z.B. Biolandwirtschaft und traditionelle Handwerksbetriebe.

Das ist das Faszinierende an der Idee des Biosphärengebietes: Klar geht es zunächst einmal darum, ein wertvolles Stück Natur zu bewahren. Aber im Gegensatz zum Nationalpark, in dem es ganz überwiegend nur um Naturschutz geht, hat das Biosphärengebiet einen „ganzheitlichen“ Ansatz, der auch die Bevölkerung mit einbezieht und eine ganze Region positiv verändern kann.

Dafür gibt es auch genug gute Vorbilder, wo vorher vom Militär geprägte Gegenden in ein Biosphärengebiet umgewandelt wurden und mittlerweile aufblühen. Ein Beispiel ist das Biosphärengebiet »Schwäbische Alb«, wo selbst größere Ortschaften wie Bad Urach dazu gehören.

?: *Das Projekt dürfte nicht nur Begeisterung hervorrufen. Die Zivilangestellten z.B. wären sicherlich froh, wenn sich der Celler Bundestagsabgeordnete Henning Otte mit seinen Vorstellungen von einer militärischen Weiternutzung durchsetzen würde. Und ich muss sagen, in der Stadt Celle zumindest – aber auch, was wir aus Bergen und Fassberg so mitbekommen – vertritt bisher niemand diese Idee des Umbaus zu einem Nationalpark. Wie sieht das im Heidekreis aus?*

!!: Im Heidekreis sorgt die Idee eines Biosphärengebietes derzeit bei vielen Leuten für Begeisterung, denn eines ist klar: Die Briten ziehen ab, und dies wird zu schweren wirtschaftlichen Einbußen führen. Diese Lücke wird auch ein verstärktes Engagement der Bundeswehr nicht



schließen können, denn es waren die stationierten britischen Familien, die viel Geld in den Orten gelassen haben. Somit ist abzusehen, dass es wirtschaftlich abwärts gehen wird, wenn es nicht eine andere Lösung gibt. Und diese Lösung kann nicht weiter der Übungsplatz sein, denn er behindert nur die Entwicklung vor Ort. Von der Lage her sind Bad Fallingb. und Bergen die letzten Zonenrandgebiete Deutschlands. Überall offene Grenzen, nur hier: Halt! Schießbetrieb! So kann man auch keinen vernünftigen Tourismus entwickeln. Mit einem Biosphärengebiet wäre das völlig anders. Bergen und Bad Fallingb. wären auf einmal in einer 1A-Lage, direkt am oder sogar im Schutzgebiet, und »Biosphärengebiet« ist eine »Marke«, die naturverbundene und häufig auch gut verdienende Tourist*innen magisch anzieht. Hinzu kommen die vielen Fördermöglichkeiten, die eine Region dann anzapfen kann, ganz im Gegensatz zu den Aussagen zum Abzug der Briten, dass die Kommunen selber sehen müssen, wie sie mit den Folgen klar kommen.

Und zu den Zivilangestellten kann ich nur sagen, dass wir sie auch in Zukunft benötigen werden. Sie sind schließlich die Fachleute, die das Gelände am besten kennen. Aber dann gibt es für sie eben eine sinnerfüllende Arbeit wie die Pflege und Instandhaltung eines wunderschönen Schutzgebietes und nicht das Aufstellen von Zielscheiben für einen Krieg bringenden Übungsbetrieb. Denn bei einer Umwandlung wird es erst mal schon viele Jahre Arbeit geben mit den Aufräumarbeiten, der Altlastenbeseitigung, dem Umbau des Wegenetzes etc..

Aber die Idee des Biosphärengebietes in der Heide ist noch zu neu, als dass sie in weiten Kreisen bekannt ist. Wir finden aber, dass auch die derzeit laufende Suche nach einer Nachnutzung der Kasernen („KonRek“) eigentlich nicht ohne die Schließung des Übungsplatzes gedacht werden kann. Viele tolle Ideen für die Kasernen wie z.B. die Einrichtung einer Fachuni für Ökolandbau ließen sich erst mit den Flächen des Übungsplatzes umsetzen.

Im Heidekreis gründen wir gerade einen Verein, „Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark“. Wir würden uns natürlich freuen, wenn wir auch im Landkreis Celle Interessierte erreichen können.

?: *Vielleicht noch eine letzte Frage: Früher waren Konversionsideen häufig auch antimilitaristisch kontaminiert, heute habe ich den Eindruck, dass Konversion eine rein technokratische Veranstaltung ist. Es wird nur gefragt, wie lassen sich wegfallende Arbeitsplätze ersetzen, wie lassen sich Militärbrachen verwerten, was lässt sich mit den Wohnungsleerständen anfangen. Da sitzen dann Rathauschefs und Ministerialbürokratie zusammen und verwalten das „Elend“, ohne tatsächlich Zukunft entwickeln zu wollen. Was ist dein Eindruck?*

!!: Ja, das sehe ich genauso. Antimilitarismus kann ich zumindest bei den Entscheidungsträgern wenig erkennen, dafür ist die Region einfach zu lange vom Militär

geprägt worden. Wenn bei einer Neujahrsfeier der SPD im Heidekreis schon für die Aktion „Gelbe Schleife - Solidarität für die Soldaten im Auslandseinsatz“ gesammelt wird, spricht das ja Bände. Oder die sogenannte „Stadtfreiheit“ in Bad Fallingbostal, wo die britischen Soldaten mit scharfen Waffen durch die Stadt marschieren dürfen. Viele Kommunen haben sich jahrzehntlang bequem eingerichtet mit den stetig fließenden Geldern der Militärs und können sich gar keine andere Welt mehr ohne ihren schönen Übungsplatz vorstellen. Das ganz Offensichtliche, dass man nicht nur die Kasernen, sondern auch den Übungsplatz schließen könnte, das traut sich derzeit kaum einer zu sagen, das ist ganz, ganz böse. Dabei wäre dies eine echte Jahrhundertchance und ein Neuanfang, um die im Schatten des Schießlärms vor sich hin dämmernden Orte zu neuem, bunten Leben zu erwecken.

Auch in unserer Initiative ist natürlich der Hauptantrieb, mit dem Biosphärengebiet die Naturschätze zu bewahren und aus dem Platz, von dem millionenfaches Leid ausging, endlich etwas Friedliches und Positives zu schaffen. Aber genauso wichtig ist es auch, die Militarisierung der Gesellschaft insgesamt zu bekämpfen. Während wir hier vor Ort sagen, die Panzerschlachten gehören doch der Vergangenheit an und deshalb wird der Übungsplatz Bergen nicht mehr gebraucht, müssen wir natürlich auch die Gesamtentwicklung der Bundeswehr sehen. So zeigt die Bundeswehr auf anderen Übungsplätzen schon die genauso hässliche Fratze einer global und „flexibel“ agierenden, Rohstoffe und Märkte erkämpfenden „Zukunftsarmee“. So wird derzeit auf dem Truppenübungsplatz Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt für 100 Mio. € eine ganze Übungsstadt mit über 500 Gebäuden, U-Bahn-Tunnel, Industriegebieten, Autobahn etc. gebaut, um Auslandseinsätze mit Häuserkämpfen zu trainieren, mit „Attentätern, die sich in Menschenmengen verbergen“ (O-Ton Bundeswehr!). Dies gehört genauso angeprangert und es ist wichtig, sich mit den Initiativen, die dort vor Ort aktiv sind, zu solidarisieren. Und so lautet unsere Forderung: Erst eine militärfreie Heide, dann eine militärfreie Welt oder gerne auch beides auf einmal!!



Arne Hilbich, geboren in Dorfmark und aufgewachsen in 3 km Entfernung zum Truppenübungsplatz, ist Dipl. Landschaftsökologe, langjähriger Teamer des Internationalen Jugendworkcamps in Bergen-Belsen und Mitbegründer des Vereins „Initiative Biosphärengebiet Hohe Heide“. Er lebt in Oldenburg und Bad Fallingbostal.

Mehr Infos unter www.biosphäre-hohe-heidmark.de und www.friedensheide.de



Vegan Guerilla #01

„Wenn bei den Grünen sogar die Wahlfreiheit in den Kantinen abgeschafft werden soll, dann fragt man sich schon, was da für ein gruseliges Freiheitsverständnis die Feder führt. Ich jedenfalls will nicht in einer grünen Erziehungsdiktatur leben, und ich glaube, viele Wählerinnen und Wähler auch nicht“, meint der Bundesgeschäftsführer der Linken, Matthias Höhn. Wir stellen diesen gruseligen Unsinn eines uns bisher unbekanntem Spitzenfunktionärs voran, um den Eindruck zu zerstreuen, wir fänden alles bei der Linkspartei gut. Selbstverständlich nicht – so sind wir selbstverständlich große Fans von Erziehungsdiktaturen & behelligen euch deshalb mit einer neuen Serie – den Rezepten der Vegan Guerilla.

Matthias Höhn ist gewiss ein großer Freund von Mettbrötchen – und nach wie vor finden sich Umzugshelfer*innen leichter, wenn »Lecker-Mett-Brötchen« offeriert werden. Deshalb hier & heute: Viel veganes Mett für wenig Geld!

- o 100g Naturreiswaffeln
- o 2-3 kleine Zwiebeln
- o 300 ml Wasser
- o 4 EL Tomatenmark
- o 5 EL Gewürzgurkenwasser
- o Pfeffer & Salz



Die Reiswaffeln klein bröseln und in eine Schale geben. Etwa 300 ml warmes Wasser und für den besonderen Geschmack 5 Esslöffel Gewürzgurkenwasser hinzugeben, bis das Ganze eine leicht matschige Konsistenz hat.

Dann die Zwiebeln klein hacken und dazu tun. Für die Farbe etwa 4 EL Tomatenmark dazu, dann noch Salz und Pfeffer dazu. Das Ganze mit einem Kartoffelstampfer gut durchstampfen. Falls das »Mett« euch danach noch zu hell ist, einfach etwas Tomatenmark dazu und erneut durchmischen.

Anschließend mindestens fünf Stunden (oder am besten: über Nacht) im Kühlschrank durchziehen lassen, damit die Reiswaffeln noch mehr den Geschmack von den Zwiebeln und Gewürzen annehmen. Macht euch darauf gefasst, dass wir demnächst in euren Kühlschränken schauen – so ist das nämlich in Erziehungsdiktaturen.

Dieses Rezept kam von einer Leserin; wer was ähnlich Leckereres kennt, kann uns gern mailen & wir nehmen's ins Heft.

Chile: Der andere 9. September

Am 11. September 1973 putschte das chilenische Militär unter General Augusto Pinochet gegen die demokratische gewählte sozialistische Regierung Salvador Allendes. Tausende Menschen wurden ermordet, Zehntausende verhaftet, gefoltert, zum Verschwinden gebracht; Hunderttausende gingen ins Exil. Bis 1990 dauerte die Diktatur Pinochets an und prägt bis heute die chilenische Gesellschaft. Der Celler Rosa-Luxemburg-Club widmet sich dem 40. Jahrestag mit zwei Veranstaltungen. Dem Dokumentarfilm »Schlacht um Chile« von Patricio Guzmán und einer Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Silke Hensel von der Uni Münster.



Die Schlacht um Chile begann nicht erst mit der Wahl Salvador Allendes im Jahr 1970. Bereits seit 1963 führte die CIA verdeckte Operationen durch, um eine Präsidentschaft Allendes zu verhindern. Die Geheimdienstaktionen sollten die Linksparteien destabilisieren, etwa mittels einer Beeinflussung der

Medien. Allende wurde dennoch gewählt. In der Folge versuchten die USA und ihre chilenischen Verbündeten, einen Militärputsch zu initiieren - letztlich mit Erfolg. Unter der neu installierten Militärdiktatur verschwanden Tausende vermeintliche Oppositionelle. In den ersten vier Wochen der Diktatur wurden nach Erhebungen der internationalen Menschenrechtskommission alleine 4.000 Menschen ermordet. amnesty international schätzt die Gesamtzahl der Toten auf 25.000. Gefoltert und getötet wurde in Chile unter den Augen auch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die sich nicht gegen das Militärregime wendete. Im Gegenteil: Die CIA hatte den westdeutschen Bundesnachrichtendienst (BND) bereits vier Tage vor dem Putsch offiziell unterrichtet, der damalige Bundeskanzler Willy Brandt unterließ es jedoch, Salvador Allende zu informieren.

In seiner dreiteiligen Dokumentation zeichnet Patricio Guzmán die Endphase der Regierungszeit von Salvador Allende nach. Der Film »Die Schlacht um Chile« besteht nicht aus Archivmaterial; Guzmán und sein Team drehten kontinuierlich zwischen 1972 und 1979. Chiles bedeutendstem Dokumentarfilmer gelang es, das Rohmaterial ins kubanische Exil zu retten und dort sein monumentales Zeugnis des „Kampfes eines unbewaffne-

ten Volkes“ - so der Untertitel des Films - zu gestalten. In Chile unterliegt »Die Schlacht um Chile« der Zensur und wurde nie vom staatlichen Fernsehen ausgestrahlt.

Gezeigt wird der zweite Teil mit dem Titel »Der Putsch«: Seit den Parlamentswahlen vom März kommt es fast täglich zu Straßenkämpfen. Die rechtsradikale Patria y Libertad erschießt linke Aktivist*innen, setzt Büros der Unidad Popular in Brand und schickt ihre Schlägerbanden in Gewerkschaftshäuser. Das US-amerikanische State Department finanziert einen landesweiten Streik der Transportunternehmen. Gleichzeitig nehmen die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition zu. Die außerparlamentarische Linke sieht das Experiment eines friedlich-parlamentarischen Transformationsprozesses zum Sozialismus gescheitert und plädiert für den bewaffneten Kampf von Arbeiter*innenmilizen. Die Entscheidung fällt in Washington. Am 11. September bombardiert die Armee den Präsidentenpalast Moneda.

Der Film läuft am Mittwoch, 11. September, um 19.30 Uhr, im Kino 8 1/2. Der Eintritt ist frei.

Der Putsch gegen Allende löste in der Bundesrepublik eine große Solidaritätswelle aus. Dazu hat Prof. Silke Hensel im vergangenen Jahr in Münster eine Konferenz mit dem Titel »Chile zwischen Diktatur und Demokratie« durchgeführt. In ihrem Vortrag in Celle am Dienstag, den 1. Oktober, 19.30 Uhr, ebenfalls im Kino 8 1/2, wird sie zum Thema »Der Putsch 1973 und die Militärdiktatur« referieren. Silke Hensel hat an der Uni Münster eine Professur für außereuropäische Geschichte.



Buch & Filmtipp: Die Schlacht um Chile. Der Kampf eines Volkes ohne Waffen, LAIKA-Verlag, Hamburg 2011, 300 Seiten geb. und 2 DVDs mit den Filmen "Aufstand der Bourgeoisie" (90 Minuten), Der Staatsstreich (90 Minuten), "Die Macht des Volkes" (83 Minuten), 29,90 Euro

- | | |
|--------------------|--|
| 11.09.2013, 19.30: | Die Schlacht um Chile (Film) |
| 01.10.2013, 19.30: | Der Putsch 1973 und die Militärdiktatur – Vortrag von Prof. Dr. Silke Hensel (Münster) |
| | jeweils Kino 8 1/2 - Eintritt frei |

Alles ist vergänglich – oder?

Eigentlich wollten wir schon immer einmal ein Interview machen mit Celles bundesweit wohl bekanntester Band: den Deutschpunkrockern von ALARMSIGNAL. Nachdem wir jetzt in einem Gespräch über „Punkkultur und Veganismus“ auf ein neues Stück von Alarmsignal hingewiesen wurden, nämlich „Gefressen werden“, war es soweit: Die Ende 2012 erschienene CD „Alles ist vergänglich“ (mehrmals) durchgehört, Kontakt aufgenommen und Fragen ausgedacht. Geantwortet haben uns Kühn (Drums/Vocals), Steff (Bass/Vocals), Bulli (Gitarre/Vocals) und Borsti (Gitarre, Vocals) – auf dem Foto unten von links nach rechts.

??: *Ich finde an Punk oft spannend, dass Zeitstimmungen in den Texten ziemlich direkt transportiert werden. Bei eurer neuen CD findet sich aus meiner Sicht da eine Spannung, die sich ja auch schon im Titel ausdrückt. Also ich meine, das Wissen, dass wir nicht am Ende der Geschichte sind, einerseits - aber auf der anderen Seite gibt's aktuell in unserm Land nicht gerade eine Idee, wie dieser verrottete Kapitalismus zu seinem verdienten Ende gebracht werden kann. Ich habe den Eindruck, ihr versichert euch eurer Position und versucht, Haltungen zu retten oder zu bewahren, aber eigentlich haben wir nach vorne gerade nicht so prickelnde Ideen. Auf der anderen Seite ganz klar: Eure Art Punk, also mit den singalongs, konstruiert dagegen ja trotzdem immer ein community-Gefühl. Wie erlebt ihr das auf euren Konzerten? Und vielleicht anders gefragt: Was bedeutet "no future" für euch aktuell?*

Steff: Ich finde »No Future« im klassischen Sinne hat immer ein wenig was von Aufgeben, sich mit dem Umständen in dem Wissen zufrieden geben, dass sowieso

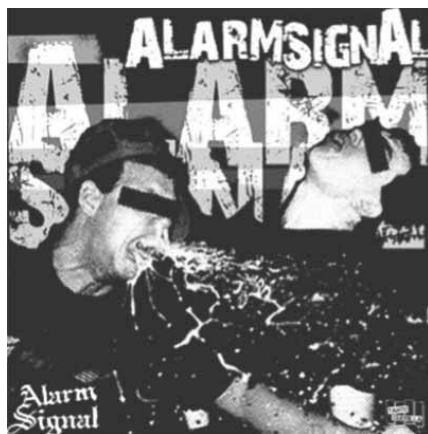
alles scheiße ist und nichts besser wird. Was es aktuell für mich bedeutet, lässt sich schlecht in Worte fassen, da es ein hin und her zwischen Kampf und Resignation ist, wobei ersteres glücklicherweise meistens die Oberhand gewinnt. Den Traum, dass vielleicht doch noch mal alles zumindest ein Stück weit besser und gerechter wird, habe ich noch nicht komplett ausgeträumt, nur lassen mich diverse Umstände mittlerweile einfach in kleineren Dimensionen träumen. Für eine wahre Veränderung, geschweige denn einen radikalen Aufstand, geht's der abgestumpften Gesellschaft in ihrem bequemen Sessel einfach zu gut, aber immerhin habe ich weiterhin das Gefühl, dass ich die kleine Welt um mich herum für mehr Gerechtigkeit oder Toleranz öffnen kann. Das ändert zwar nichts an meinen Zukunftsängsten und ist meistens auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein ... aber es ist immerhin ein Tropfen.

Kühn: Lustig, ich habe die Textzeile geschrieben „wir sind nicht sehr originell und schon gar nicht aktuell“. Jetzt sagst Du, dass Zeitstimmungen durch Punk direkt transportiert werden können. Ich denke, da hinken wir immer etwas hinterher, da z.B. zwischen dem Texten, der musikalischen Umsetzung und der Aufnahme und Veröffentlichung manchmal Monate oder Jahre stehen. Und natürlich schafft Punk und damit auch unsere Musik ein Gemeinschaftsgefühl und eine Identifikation, was eben bei Konzerten (nicht nur bei uns, sondern generell) am Deutlichsten wird. Wir als Band transportieren dabei natürlich auch unsere soziopolitischen Positionen und vermitteln dadurch etwas, das kann aber immer nur ein Denkanstoß sein. So oder so läuft es natürlich oft auf ein sinn - und identitätsstiftendes „Du bist

nicht allein' hinaus. Wenn ich dadurch „Haltungen retten oder bewahren“ kann, mache ich das gern. Ich hoffe, Du hast jetzt von uns keine „prickelnde Ideen nach vorn“ erwartet. Die musst Du schon selber haben. Und wir singen nicht mehr von no future, weil wir viel näher dran sind ;)

Borsti: Realpolitisch bedeutet mir "no future" persönlich wenig, bzw. gar nichts, denn weiter geht es immer irgendwie, zur Not halt auch ohne Menschheit. In Bezug auf Punkrock und Szene würde ich "no future" aber auch eher als Ausdruck der Frustration über bestimmte Umstände/Verhältnisse verstehen. Ich





denke, dass das Lied "God save the Queen" von den Sex Pistols zu diesem Ausdruck stark beigetragen hat und wer das Lied kennt weiß, das es darum ging dem Establishment ordentlich auf den Teppich zu kacken, indem man das Ende des britisch (faschistischen) Empire besingt.

??: *Einige Songs sind ja richtig griffige Kritik. Ich denke an »Future X«, was gegen die Festung Europa geht, oder »Gefressen werden«. Diesen Song gegen die Fleischindustrie hat youtube versucht zu sperren. Könnt ihr dazu was erzählen?*

Kühn: Zum Punkt ‚griffige Kritik‘ möchte ich anmerken, dass die Themen ja nicht unbedingt neu sind; »Front X« zum Beispiel behandelt ein Thema, das schon von Fahnenflucht, Dritte Wahl oder auch den Hosen aufgegriffen wurde, nämlich die Abschottung der sog. 1. gegen die sog. 3. Welt. Das Video »Gefressen werden« arbeitet mit vielen Schockbildern und wurde deshalb von Youtube gesperrt. Uns war aber wichtig darzustellen, wie es wirklich ist, sprich: wie das millionenweise Abschlachten von Tieren abläuft. Deshalb kann das Video immer noch gesehen werden, durch viele nette freiwillige Helferlein, die das Video über ihren Privataccount neu hochladen, sobald Youtube es irgendwo sperrt. An dieser Stelle Dank an euch, die ihr es hochgeladen habt, ohne euch würd's nicht laufen!!!

Steff: Es gibt einfach Thematiken, die man in aller Deutlichkeit darstellen muss, damit sie überhaupt wahrgenommen werden. Das haben wir beim Video zu »Gefressen werden« versucht, welches eben diverse Mitschnitte aus Schlachthäusern enthält und auf blutige, traurige und bestialische Weise widerlegt, dass einem Tier bei der Tötung so wenig Schmerzen wie möglich zugefügt werden. Zweifelsohne ist das harte Kost und es gab auch Rückmeldungen von Leuten, denen das ne' Spur zu krass war oder die es nicht bis zu Ende sehen konnten, aber es ist nun mal die Realität und wer sich an der Fleischtheke bedient, sollte sich ruhig mal mit den Stationen und Methoden davor beschäftigen. YouTube hat das Video jedenfalls aufgrund der brutalen Szenen nach zwei Tagen gelöscht, später dann aber mit Altersnachweis (ab 18) wieder frei gegeben.

Bulli: Irgendjemand hat das Video bei Youtube „gemeldet“. Das Material ist anscheinend zu krass - allerdings

gibt es genau diese Szenen schon bei Youtube - denn wir haben genau dort gesammelt und zusammen schneiden lassen. Natürlich haben wir die Urheber um Erlaubnis gebeten und alle waren einverstanden. Wir haben durch das Video auch Rückmeldungen von Leuten bekommen, die dadurch Vegetarier geworden sind. Vor dem Video sind auch schon öfters Konzertbesucher*innen auf uns zugekommen, die uns erzählt haben, dass sie sich wegen unserer Texte anfangen (kritisch) zu informieren und nun Vegetarier*innen bzw. Veganer*innen sind. Wenn so was passiert, dann weiß man, dass man das Richtige getan hat!

??: *Bei der kleinen Celler Hardcore-Szene der 1990er bin ich das erste Mal dem „Veganismus“ begegnet. Habt ihr den Eindruck, dass Tierrechtsfragen in der Punkscene mehr diskutiert werden als anderswo? Ich denke gerade daran, dass ja auch Rasta Knast mit „Die Katze beißt in Draht“ einen Song gegen Tierversuche gemacht hat.*

Borsti: Na ja, du sagst es ja selber, die Hardcoreszene steht dem in nix nach, ich würde sagen dort ist die Thematik sogar noch viel verbreiteter. Allgemein hab ich das Gefühl, dass Tierrechte immer mehr Platz in der Gesellschaft finden, gut so! Leider ist es auch aber auch oft so, dass dieses Thema politisch missbraucht wird um sich ein soziales Gesicht zu verpassen. So scheut auch die NPD nicht davor zurück dieses Thema für sich Medienwirksam zu instrumentalisieren und z.B. ihren Tierrechtsstand direkt neben den Grünen aufzubauen. Vorsicht - wer's nicht mal mit Menschenrechten hat, kann es mit Tierrechten auch nicht wirklich ernst meinen!

Steff: Es ist kein unbedeutendes Thema in dieser Szene, aber ich denke, es wird nicht mehr diskutiert als anderswo. Es gibt viele AJZ's, da ist es ganz normal, dass vegetarisch oder vegan gekocht wird, andere hingegen nehmen's nicht so genau. Wir wollen natürlich, das sei noch erwähnt, keinesfalls den Eindruck erwecken, dass wir mit der Ernährungskeule hantieren, aber bewusster Einkaufen/sich bewusster Ernähren ist sicher kein verkehrter Schritt.

??: *Wollen eigentlich Leute mit Euch über die Themen diskutieren, die ihr in den Stücken verarbeitet?*

Bulli: Manche Leute sprechen uns schon drauf an. Zu einem sehr großen Teil geht es ja auch um die Texte.

Natürlich auch um das musikalische Arrangement. Sonst würde man sich nicht zwei Wochen im Tonstudio mit Soundfragen oder Anschlagstechniken beschäftigen. Die Texte wollen ja auch zu unserer Zufriedenheit transportiert werden. Aber mich, und ich denke auch die anderen, beruhigt es zu wissen, dass sich die Hörer auch mit unseren Texten beschäftigen - gerade wo man doch so oft hört (und das wird es auch ganz bestimmt geben), dass sich die Leute nur die Musik anhören und sich einen Dreck um gesungenen Texte kümmern.

Steff: Das kommt wohl schon mal vor, aber eher selten. Manchmal zieht sich die Hörschaft die Antworten auch aus den Linernotes, die wir jedem Songtext anhängen. Ansonsten sind Fragen zu den Texten aber auch immer erwünscht, denn in einem 2-3 Minuten Song kann man große Themen oft nur anschnitten oder sie oberflächlich zusammenfassen. In Diskussionen oder netten Gesprächen kann man die ganze Sache dann auch noch etwas detaillierter angehen.

Kühn: Also mir passiert das eher selten, die meisten wollen mit mir nur was trinken ... und oft ist das »Setting« (Konzert und drumrum) nicht dafür geschaffen, tiefsinnige Diskussionen zu führen. Aber ich wurde auch schonmal angeschrieben, so per mail, und der wollt echt viel wissen zu `nem Text von mir und da wurde dann eine lange schriftliche Diskussion draus.

?: *Eure neue CD ist ja nicht mehr auf dem Nix Gut-Label erschienen, sondern auf Antikörper-Export. Es gab vor einiger Zeit ja Diskussionen darum, dass Nix Gut über irgendeinen Merchandise-Deal Geschäftsbeziehungen mit die Band Freiwild geknüpft hatte. Nur als Anmerkung: Dass die einen südtiroler völkischen Nationalismus vertreten, ist - glaube ich - unstrittig. Wie geht ihr mit so was um - und hat das eine Rolle gespielt beim Labelwechsel?*

Kühn: Na, wie wir mit sowas umgehen, war ja durch den Labelwechsel recht deutlich; wir hatten schon vorher unsere Problemchen mit dem Label- und Katalogprogramm von Nix Gut, auch wenn wir die Leute von NG persönlich sehr schätzen. Dann kam uns gerade recht, dass Bulli bei uns eingestiegen ist, der ja das Anti-Export Label macht... is ja auch cool, wenn alles so bei uns bleibt.

Steff: Die Geschäftsbeziehungen mit Frei.Wild haben das Fass quasi zum Überlaufen gebracht, aber trotz der im Vorfeld geführten Gespräche wegen der ein oder anderen fragwürdigen Oi! Band im Verkaufssortiment, mussten wir im Laufe der Zeit einfach feststellen, dass jede Partei ihre Schmerzgrenze woanders hatte. Wir sind Nix-Gut weiterhin dankbar für die damalige Arbeit, und für unseren Werdegang war dieses Label auch enorm hilfreich, das werden wir stets im Hinterkopf behalten.

?: *Aufgenommen habt ihr in den Whiteline-Studios in Braunschweig. Was mich mal interessieren würde: Wieviel Tage habt ihr für "Alles ist vergänglich" im Studio verbracht? In welchen Schritten nehmt ihr eigentlich auf?*

Kühn: Wir haben nicht lange gebraucht und sind, wenn

wir erst einmal dabei sind, sehr routiniert und professionell, finde ich. Hahahaha. Außerdem ist es ja Punkrock und nicht so kompliziert alles.

Borsti: Man muss sich ja n' bisschen ranhalten, sonst wird's teuer. Zuerst wird das Schlagzeug abgenommen (sprich wir spielen alle zusammen, aber nur das Schlagzeug wird aufgenommen). Der Bass wird als zweites eingespielt. Dann werden Gitarren über Schlagzeug und Bass gespielt, als nächstes wird drüber gesungen, dann noch Chöre und Solos und zu guter letzt wird abgemischt und fertig is' die Laube.

Steff: Ich glaube, mit Abmischen waren wir um die 10 Tage dabei, wobei diese ganze Abmischerei nicht unbedingt weniger Zeit in Anspruch nimmt, als die eigentliche Aufnahme. Ist gar nicht leicht, da immer auf einen Nenner zu kommen, weil vier Menschen auch manchmal vier verschiedene Vorstellungen vom Sound haben.

?: *Die CD gibt's jetzt erstmals auch als Vinyl. Ist das ein privater Luxus, den Ihr Euch leistet - oder gibt es inzwischen ausreichend Alarmsignal hörende Zahnärzte und Orthopädinnen?*

Kühn: Dieser Luxus wurde uns angeboten und wir haben ihn dankend angenommen.

Steff: Genau, und es kostete uns nix! Wir wollten schon vom letzten Album eine Vinyl-Version machen, haben das aber irgendwie verpennt. Kurz vor der Veröffentlichung unserer aktuellen Scheibe trat ein Indie-Label aus Leipzig an uns heran und äußerte Interesse an der Vinyl-Veröffentlichung. Die übernahmen die kompletten Presswerk-Kosten und noch besser - das Ganze läuft ohne Verträge ... und auf Vertrauensbasis.

Borsti: Das DIY Platten Label SM Musik hatte anscheinend Überschuss in der Portokasse. War'n wa auch erstma Platt(e). Und nu steht das Ding im Regal.

?: *Habt ihr eigentlich Einfluss auf die Preisgestaltung? Ich frage deshalb, weil ich es doch etwas merkwürdig finde, dass die CD nicht 14 Euro kostet, sondern 13,99 Euro. Das ist ja, wie wir alle wissen Konsument*innen-Verarsche.*

Steff: Wo unsere CD 13,99 Euro kostet, würde ich sie nicht kaufen. Wir selbst verkaufen sie für 8 Taler, da kommen dann die Herstellungskosten gut wieder rein und es bleibt auch noch was übrig, was wiederum in zukünftige Aufnahmen, Shirt-Herstellungen oder in den Bandbus gesteckt werden kann. Je näher das Album an der Quelle verkauft wird, umso mehr Einfluss können wir auf den Preis nehmen. Da, wo es dann über die Vertriebe in Musikläden wie Saturn, Müller oder WOM geht, hört der Einfluss auf. Die bestimmen dann für sich selbst die Gewinnspanne und so kommt es vor, dass ein Album dort auch mal 4-5 Euro mehr kosten kann als im Shop unseres Labels oder bei uns auf Konzerten.

Bulli: Ich spreche hier mal als Bandmitglied und Label: Die Preisgestaltung wurde bandintern besprochen, denn wir haben in einem gewissen Rahmen Einfluss auf den Preis. Die CD wird von "Broken Silence" vertrieben,

das bedeutet, dass die den Tonträger flächendeckend in Plattenläden, Mailorder usw. bringen. Falls sie in irgendeinem Laden nicht erhältlich sein sollten, kann der Laden die durch ein System auf jeden Fall bestellen. Und so was ist nur durch einen Vertrieb möglich. Der Vertrieb kauft die Tonträger vom Label und verkauft diese dann wieder an den Endanbieter. Da will natürlich jeder dran verdienen, die einen Endanbieter schlagen dann mehr und die anderen weniger drauf. Auf den Endpreis sowie die einzelnen Endanbieter haben wir dann natürlich (und manchmal leider) keinen Einfluss mehr. Manche Endanbieter schlagen mehr als 100% auf - das kann jeder machen was er will. Selber schuld, wenn man bei solchen Läden was kauft ;-)

?: *Das Cover ist ja eine witzige Verfremdung. Bei unseren Leser*innen kennen bestimmt 90 % das Foto vom 2. Mai 1945, das zeigt, wie ein Soldat der Rotem Armee auf dem Reichstag die Sowjetfahne hisst. Für die Propagandawirkung ist die Fahne auf dem Foto ja schon damals so bearbeitet worden, dass Hammer und Sichel klar zu erkennen sind. Und das habt ihr jetzt 67 Jahre später nochmal gemacht. Beim genauen Hinschauen erkennen wir die gute alte Piratenflagge, den Totenkopf mit zwei gekreuzten Knochen. Ihr habt ja auch schon mal einen Song zum Jolly Roger gemacht. Habt ihr Lust dazu was zu sagen - oder soll Kunst für sich selbst sprechen?*

Kühn: Ja, Kunst soll hier ruhig mal für sich selbst sprechen. Denkt dir was Wildes dazu ;)

?: *Wie ist eigentlich der Stress ausgegangen, den ihr wegen des Covers von "Fahneneid" hattet? Da meinten ja Staatschützer zu erkennen, dass drei Personen auf die Deutschlandfahne urinieren, und sahen den Staat verunglimpft.*

Kühn: Die Anzeige kam zu spät und war durchs Presserecht verjährt, da Veröffentlichungen nach sechs Monaten nicht mehr zurückgezogen werden können. Oder so. Habe ich das jetzt richtig wiedergegeben?

Steff: Jo, haste ;-). Aber das war echt ne' kuriose Geschichte. Ich versuche mal die Kurzfassung. Unser Debüt-Album trägt den Titel "Fahneneid" und zeigt auf dem Cover drei Personen, die andeuten, auf die D-Land Fahne zu urinieren. Es stellt eben unsere Vorstellung von "Fahneneid" dar ;-). Irgendjemand aus dem süd-deutschen Raum stieß damals beim Stöbern in einem

Internet-Shop auf dieses CD-Cover, sah darin eine Straftat und brachte das umgehend zur Anzeige. Das wissen wir, weil unser Anwalt Akteneinsicht beantragt hat. Einige Zeit später, bei der alljährlichen 1. Mai Kundgebung auf dem Celler Brandplatz, zogen mich dann zwei Zivilpolizisten zur Seite und sagten, dass gegen die Band eine Anzeige wegen "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" vorliegt und nahmen meine Personalien auf. Wir schalteten daraufhin einen Anwalt ein und es folgte das übliche Schriftverkehr-Prozedere. Für unseren Anwalt war das ganz klar ein Fall von "künstlerischer Freiheit", aber das Verfahren wurde schließlich nicht deshalb, sondern wegen Verfolgungsverjährung eingestellt. Liegt daran, dass es sich bei Tonträgern (wie auch bei Büchern) um Schriften im Sinne des Pressegesetzes handelt und bei denen die kurze Verjährungsfrist von sechs Monaten gilt. Besagtes Album wurde 2005 veröffentlicht, die Anzeige erfolgte aber wesentlich später und so konnten wir nicht belangt werden. Außerdem stellte die Tatsache, so schrieb es die Staatsanwältin Lüneburg in ihrem Schreiben, dass die weiteren Bandmitglieder aufgrund ihrer Kürzel/Spitznamen nicht identifiziert werden konnten, u.a. ein unüberwindliches Verfahrenshindernis dar, so dass zur Presseverjährung noch der Mangel an hinreichendem Tatverdacht mit ins Spiel kam. Viel Wirbel um Nichts also, der als I-Tüpfelchen auch noch den niedersächsischen Verfassungsschutz auf den Plan rief, der uns anschließend unbedingt mit ein paar staatskritischen Textbeispielen in seinen Jahresbericht mit aufnehmen musste. Na ja, gibt sicher bessere Werbeplattformen ;-).

?: *Letzte Frage: Wo kann man euch in den nächsten Monaten bei uns in der Nähe auf einer Bühne sehen?*

Steff: Eventuell werden wir zum Ende des Jahres noch ein kleines Akustik-Konzert in Celle geben. Ähnliches hatten wir letzten Jahr bereits erstmalig versucht und war ganz lustig. Ansonsten sind wir überall und nirgends und versuchen, alle Regionen gleichermaßen abzuklappern. Dieses Jahr sind wir noch in Hamburg, Schleswig-Holstein, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und im Saarland unterwegs.

<http://www.alarmsignal-punkrock.de/>



Angst essen Seele auf

Vom 23. – 30. September 2013 veranstaltet das Kino achteinhalb ein Festival zu „Migration im Film“. Seit den 1970er Jahren, vor allem aber in jüngerer Zeit, setzt sich Film mit dem Thema Migration auseinander. Dabei geht es um Weltanschauungen, Religionen sowie Feindbildern, Stereotypisierungen und gesellschaftliche Marginalisierungen, aber auch Prozesse des Aushandelns kultureller und sozialer Grenzen. Der Kritiker Georg Seeßlen schreibt: *„Jemand kommt in eine fremde Welt. Er wird ausgegrenzt, ausgenutzt und unterdrückt, will sich unsichtbar machen und hofft darauf, nach Hause zurückzukehren, er passt sich an, lebt parallel in zwei Kulturen oder scheitert. Filmemacher beschreiben diesen Balanceakt von Migranten zwischen zwei Welten: klischeebeladen, detailreich, dokumentarisch, tragisch oder komisch.“*

Gefragt wird also nach den Bedingungen des Lebens in zwei Kulturen wie nach der Zukunft des Zusammenlebens – und im Sinne Ernst Blochs auch nach einer neuen Bestimmung dessen, worauf jeder Mensch überall ein Recht hat, und was so schwer zu finden ist: Heimat.

Den Auftakt bildet am Dienstag, 24.09. um 19.30 Uhr (!), der brandaktuelle Dokumentarfilm Can't be silent, zu dem auch die Berliner Regisseurin Julia Oelkers nach Celle kommt. Flüchtlinge haben in Deutschland einen schweren Stand. Oftmals werden sie direkt nach ihrer Ankunft in Lager interniert und sind damit von der Gesellschaft Ausgeschlossene. Der Film berichtet darüber, wie der Musiker Heinz Ratz mit seiner Combo »Strom & Wasser« über 80 Asylheime besuchte, um verschiedene musikalische Talente zu entdecken. Ratz ging gemeinsam mit seiner Band und ihnen auf Tour, um auf die Missstände aufmerksam zu machen. Es funktioniert: Ein riesiges Publikum war begeistert.



Am Freitag, den 27.09. um 19.30 Uhr (!) kommt erneut eine Regisseurin aus Berlin – und zwar Martina Priessner mit ihrem Film Wir sitzen im Süden. Ihr Dokumentarfilm schildert das Leben und die Erfahrungen von Menschen mit türkischen Wurzeln, die aus Deutschland in die Türkei zurückgegangen sind, die einen freiwillig, die anderen durch den Druck der Familie oder Abschiebung. Sie arbeiten als Callcenter-»Agents« in

Istanbul, wo sie im klimatisierten Großraumbüro für deutsche Firmen wie Lufthansa oder Neckermann die Telefonate in tiefstem fränkisch oder badenserisch führen. Neben Fragen zu ihrer Arbeit freut sich die Regisseurin Martina Priessner auf eine allgemeine Diskussion zum Thema „Migration im Film“.

In Die Piroge macht sich eine Gruppe von Senegalesen in einem Fischerboot auf den Weg nach Europa. Männer verschiedener Ethnien, die nicht die gleiche Sprache sprechen und zum Teil noch nie das Meer gesehen haben, treffen an Bord aufeinander. Als blinder Passagier bringt eine Frau Unruhe unter die Reisenden. Der senegalesische Regisseur Mousa Touré greift ein hochaktuelles Thema auf. Die Geschichten der Reisenden öffnen gleichzeitig den Blick auf die Geschich-



ten all jener unzähligen Afrikaner, die sich mit ebenso großen Hoffnungen auf den Weg nach Europa gemacht haben und deren Schicksal ähnlich hätte verlaufen können. Der Film läuft am Samstag, den 28.09., zur "normalen" Kinozeit, also um 20.30 Uhr.

Im Rahmen des »Festivals der Vielfalt« der CD Kaserne laufen im Kino achteinhalb dann zwei Klassiker. Am Nachmittag wird um 15.00 Uhr und um 16.30 die österreichische Satire Das Fest des Huhns aus dem Jahre 1992 gezeigt: In diesem Film wird der ethnologische Blick umgedreht: Hier verschlägt es einen schwarzafrikanischen Forscher nach Oberösterreich. Ein satirisches Bild rund um Zeltfeste, Kirchen, gebratene Hühner entsteht.



Und um 18.00 Uhr gibt es Rainer Werner Fassbinders Melodram Angst essen Seele auf aus dem Jahr 1974. An Einsamkeit und gesellschaftlicher Isolierung entzündet sich die Beziehung zwischen einer Witwe und einem 20 Jahre jüngeren marokkanischen Gastarbeiter. Ihre wahre Belastungsprobe aber erlebt die Verbindung, als sie in Form einer bürgerlichen Ehe institutionalisiert werden soll. Mit kühler Brillanz analysiert der Spielfilm mit Brigitte Mira die Missachtung von Minderheiten und die Mechanismen sozialer Unterdrückung. Der Eintritt zu den Filmen am Sonntag ist jeweils frei.

Den Abschluss des Festivals bildet dann am Mittwoch, den 2. Oktober (20.30), eine Hollywood-Produktion zum Thema: Ein Sommer in New York: Urbane Beziehungslosigkeit und multikulturelles Miteinander sind Lebenserfahrungen, die hier beispielhaft mit dem Mythos von New York verknüpft werden. Der Film erzählt hoffnungsvoll von den Möglichkeiten, die in der Begegnung verschiedener Kulturen liegen, ohne soziale Härte und politische Hindernisse zu verschweigen.



Kino 8 1/2 im Sept./Okt.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



13. und 14. September

PROMISED LAND

Zwei Mitarbeiter eines Energiekonzerns wollen die Einwohner eines verarmten Landstrichs in Pennsylvania für das ökologisch umstrittene "Fracking" gewinnen. Als ihre Aufkäufe durch einen Umweltschützer torpediert werden, stoßen sie auf immer mehr Widerstand. Getragen von großartigen Darstellern und treffsicheren Dialogen, arbeitet sich die ambivalente Umwelt-Dramödie immer stärker zu einer Kritik am Gebaren der Energiekonzerne vor und erzählt mit den klassischen Elementen des Entwicklungsdrasmas vom Zwiespalt zwischen finanzieller Absicherung und ökologischem Gewissen.

USA/Vereinigte Arabische Emirate, 2012, Kinostart 20.06.2013, 107 Minuten

20. und 21. September

BEFORE MIDNIGHT

Dritter Teil von Richard Linklaters "Before"-Reihe um einen Amerikaner und eine Französin. Während sie in den früheren Filmen zusammenfanden und am Ende jeweils wieder auseinandergingen, sind sie nun ein Paar mit Kindern, das während eines Urlaubs in Griechenland sein Zusammenleben hinterfragt. Der Film findet dabei keine angemessene Sprache für die Intimität einer Langzeitbeziehung, sondern mäandert unterhaltsam, aber recht oberflächlich durch Konflikte und Streitereien. Die formale Konsequenz, sich in langen Sequenzen ganz der Dynamik von Dialogen zu überlassen, beeindrückt gleichwohl weiterhin.

USA/Griechenland 2013, Kinostart 06.06.2013, 108 Minuten

27. und 28. September

WIR SITZEN IM SÜDEN DIE PIROGE

Siehe Festival »Film und Migration«, S. 29.

ACHTUNG: am Freitag schon ab 19.30 Uhr

04. und 05. Oktober

SAITEN DES LEBENS

Der Cellist eines seit 25 Jahren bestehenden Streichquartetts erkrankt an Parkinson und kündigt seinen Rücktritt an, was eine Kettenreaktion unter den Kollegen in Gang setzt, in der alte Konflikte, Lebensthemen und verdrängte Sehnsüchte aufbrechen. Klug austariertes und ergreifendes Drama, dessen ruhige Inszenierung den Schauspielern Raum lässt, um ihren Figuren Tiefe und Charakter zu geben..

USA 2012, Kinostart 02.05.2013, 105 Minuten

11. und 12. Oktober

DIE WILDE ZEIT

In den frühen 1970er-Jahren sucht eine Gruppe französischer Studenten, beflügelt von der 1968er-Revolte, nach Wegen, die eigenen Ideale zu leben. An seinen Film "Cold Water" (1994) anschließend, entwirft Olivier Assayas ein liebevolles Stimmungsbild, bei dem er sich eindrucksvoll auf seine eigene politische, künstlerische, literarische und musikalische Sozialisation bezieht. Klug, zärtlich und zugleich höchst differenziert beschreibt er den Optimismus jener Epoche.

Frankreich 2012, Kinostart 30.05.2013, 122 Minuten

18. und 19. Oktober

TANGO LIBRE

Ein Gefängniswärter lernt bei einem Tangokurs eine attraktive Krankenschwester kennen. Kurz darauf sieht er sie im Besuchsraum der Haftanstalt wieder, wo sie nicht nur ihren Ehemann, sondern auch ihren Geliebten besucht. Es entspinnt sich ein Wechselspiel aus Liebe und Eifersucht, wobei dem Tango eine große Bedeutung zukommt. Vielschichtige Mischung aus Tanz- und Gefängnisfilm, die geschickt mehrere Motive und Erzählfäden zu einer märchenhaften Utopie verknüpft und den Tango als Ausdruck von körperlicher Nähe und leidenschaftlichem Verlangen beschreibt. Alle Charaktere werden dabei präzise über Blicke und Gesten umschrieben.

Belgien/Luxemburg/Frankreich 2012, Kinostart 13.06.2013, 105 Minuten

25. und 26. Oktober

LAURENCE ANYWAYS

Auch in seinem dritten Spielfilm trägt der junge Kanadier Xavier Dolan visuell verführerisch dick auf. Er jongliert mit knalligen Farben, lauter Musik, exzentrischen Kostümen. Inmitten dieser poppig-poetischen Bilderflut lieben sich ein Mann und eine Frau. Doch der Mann will eine Frau werden. Kann das funktionieren? Zehn Jahre lang kämpfen die beiden um ihre Liebe, um Anerkennung, um sich selbst. Ein Mahlstrom aus widerstreitenden Gefühlen, Gedanken und Handlungen, der in Dolans virtuosem "Gewand" bestens zur Geltung kommt.

Kanada/Frankreich 2012, Kinostart 27.06.2013, 169 Min.

Politische Termine in und um Celle

So., 01. September, 19.00

Literarische Rückreise nach Czernowitz

Lesung mit Oskar Ansell

Veranst: Ges. f. christl.-jüd. Zusammenarbeit

Synagoge, Eintritt frei

Fr., 06. September, 16.30

Gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa, aktiver Staat – Kundgebung: Für Verteilungsgerechtigkeit bundesweit. Für einen konsequenten Politikwechsel

Die DGB-Nordschiene kommt mit Fahrrad- und Motorradkorso zum Großen Plan, Abschlusskundgebung ca. 18 Uhr

Mi., 11. September, 19.00

Podiumsdiskussion der CZ zur Bundestagswahl mit den Direktkandidaten

Union

Mi., 11. September, 19.30

Die Schlacht um Chile

Film zum 40. Jahrestag des Putsches

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Club

Kino 8 ½, Eintritt frei

Sa., 14. September, 12.00

Critical Mass

Start: Ecke Nordwall/Neumarkt

Mo., 16. September, 19.00

Gesellschaftliche Ausgrenzung und die Folgen für ein Miteinander

Referentin: Daniela Krause, Berlin

Daniela Krause hat an der Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld mitgearbeitet und stellt diese vor.

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, AK Ausländer

Kreuzkirchengemeinde, Windmühlenstr. 43 A – Eintr. frei

Mo., 16. September, 19.00

Zwei Israelis, drei Meinungen, vier Parteien - Wer regiert Israel?

Referent: Igal Avidan, Berlin

Veranst: Ges. f. christl.-jüd. Zusammenarbeit / Synagoge, Eintritt frei

Di., 17. September, 18.30

Daseinsvorsorge – Geschäft oder Greundrecht? Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene

Referent: Michael Buckup, Referent in der Nds. Staatskanzlei

VHS Celle, Trift 20 (Saal), Eintritt frei

So., 22. September, 17.00

Bab'Aziz – Film von Nacer Khemir

Kunstmuseum Celle

Di., 01. Oktober, 19.30

Chile 1973: Der Putsch und die Militärdiktatur

Vortrag von Prof. Dr. Silke Hensel

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Club

Kino 8 ½, Eintritt frei

Mi., 02. Oktober, 18.30

Die Petition – ein Grundrecht im Aufwind? Bürgerbeteiligung auf Bundesebene

Vortrag von Michael Reuss

VHS Celle, Trift 20 (Saal), Eintritt frei

Mo., 07. Oktober, 19.00

Martin Luthers Judenfeindschaft und ihre Folgen

Synagoge, Eintritt frei

Do., 10. Oktober, 19.00

Der Himmel sei dein Blatt Papier - Text- und Wortbilder von Klaus Steinke

Ausstellungseröffnung mit Einführung durch Dietrich Klatt, Celle

Veranst: Ges. f. christl.-jüd. Zusammenarbeit

Synagoge, Eintritt frei



Do., 17. Oktober, 18.30

Klimawandel und globale Gerechtigkeit

Vortrag: Dr. Tazio Müller (Berlin)

Die ‚Wachstumskritik‘ ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen - zumindest hierzulande. Ob Klimawandel oder Verlust von Biodiversität, es scheint immer klarer zu werden, dass bestimmte ‚planetarische Grenzen‘ des Wachstums längst erreicht, wenn nicht gar überschritten sind. Deswegen, so die Schlussfolgerung, darf ‚die Wirtschaft‘, darf ‚unser Konsum‘ nicht länger wachsen, sie müssen schrumpfen. Stellt sich die Frage: wessen Konsum? Kann Wachstumskritik auch in ärmeren Regionen der Welt, bei ärmeren Menschen zutreffen? Oder ist sie bloß eine moralische Gefühlshudelei satter Metropolenbürger*innen, die im Endeffekt nichts zur Frage globaler Ungerechtigkeit und Ungleichheit zu sagen hat? An diesem Abend soll es darum gehen, Wege aus diesem Dilemma zu erkunden. - Veranst.: Rosa Luxemburg Club

VHS Celle, Trift 20 (Saal), Eintr. frei

Do., 24. Oktober, 18.30

Wie wollen wir leben? Wachstum, Postwachstum, New Green Deal?

Veranstaltung mit Dr. Peter Schyga

VHS Celle, Trift 20 (Saal), Gebühr: 11 Euro, Anmeldung über VHS

Sa., 26. Oktober, 19.00

Witzig, frech und weise! Jüdische Witze mit Risiken und Nebenwirkungen und mit Musik fein durchwoben

Wolfram Wallrabenstein (Erzähler, Gesang, Klarinette), László Gulyás (Klavier, Akkordeon), Yasuko Osaka (Cello)

Synagoge, AK 10,00

Kunst & Kultur

Fr., 06. September, 20.00

Dirk Schäfer

singt - von Brel bis Piaf

Hof Wietfeld, VVK 20,00, AK 22,00

Fr., 06. September, 20.00

Uli Wissmann Trio

Jazz & Fusion-Rock

Kunst & Bühne, AK 10,00

Sa., 07. September, 20.00

Famoudou Konaté

Afrikanisches Trommelkonzert

CDK, VVK 26,90, AK 30,00

Fr., 13. September, 21.00

Freedom Party

CDK, AK 5,00

Sa., 14. September, 20.00

Rock4

Eine A-cappella-Formationen, die das Album "A Night at the Opera" von Queen neu interpretiert.

CDK, VVK 17,90, AK 19,00

Fr./Sa., 20./21. September

Fest am Schloss – umsonst & draußen

Das Festival von CRI mit support von Südwinen & Bockpalast – die Alternative zum Altstadtfest

Fr., 20. September, 20.00

Sophie Hunger & Band

Singer-Songwriterin aus der Schweiz

CDK, VVK 21,90 (B), VVK 31,90 (A)

Sa., 21. September, 19.30

Wrecking Ball 2013

Mit Dawn of Disease, Kamikaze Kings, Torturized, Yelling Boots it, Make an Effort, Sex after Violence.

CDK, AK 8,00

Mo. & Di., 23. und 24. September

The Nighthawks

Eine Blues & Roots Rock Legende

Herzog Ernst, Eintritt frei

Di., 24. September, 20.00

JazzArtNiedersachsen

Mit dem Projekt „Heimatklänge“

Schloss, Rittersaal

Fr., 27. September, 19.00

Jazz Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Schloss, Rittersaal

Sa., 28. September, 20.00

The Cavern Boots

Beatles Tribute Concert

CDK, VVK 13,90, AK 15,00

Di., 01. Oktober, 20.00

Meena Cryle & The Chris Fillmore Band

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do., 03. Oktober, 20.00

Tobias Regner & Band

CDK, VVK 16,90, AK 19,00

Mo., 14. Oktober, 20.00

Geoff Achinson Band

Siehe <http://www.geoffachinson.com/>

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 16. Oktober, 20.00

Bavarian Classic Jazzband

Kunst & Bühne, AK 10,00

Fr., 18. Oktober, 20.00

DER SCHULZ

Die einzigartige Art zu singen, die gängigen Melodien und seine absolut direkten, engagierten und leidenschaftlichen Texte sind die Markenzeichen des rockigen Singer/Songwriters Daniel Schulz alias "DER SCHULZ"

Verant.: Rosa-Luxemburg-Club

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Mo., 21. Oktober, 20.00

Hungry Cat feat. David Sinclair

<http://www.davidsinclairmusic.com/>

Herzog Ernst, Eintritt frei

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

Attac-Plenum

jeden 3. Di. im Monat

20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00

Uhr – Bunttes Haus

Umsonst-Laden

jeden Di. und Do, 17.00 –
19.00 Uhr – Bunttes Haus

Critical Mass Cella

Jeden 2. Sa. Im Monat., 12 Uhr,
Ecke Neumarkt/Nordwall

Bunt Sozial Gerecht e.V.

Erwerbslosenberatung
Neustadt 52
montags und mittwochs
14:00 – 17:45 Uhr

Bunttes Haus Plenum

jeden Donnerstag, 19.00 Uhr,

Di., 22. Oktober, 20.00

Melanie Dekker

Siehe <http://www.melaniedekker.com/>

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mo., 28. Oktober, 20.00

Delta Moon (USA)

Siehe <http://www.deltamoon.com/>

Herzog Ernst, Eintritt frei

